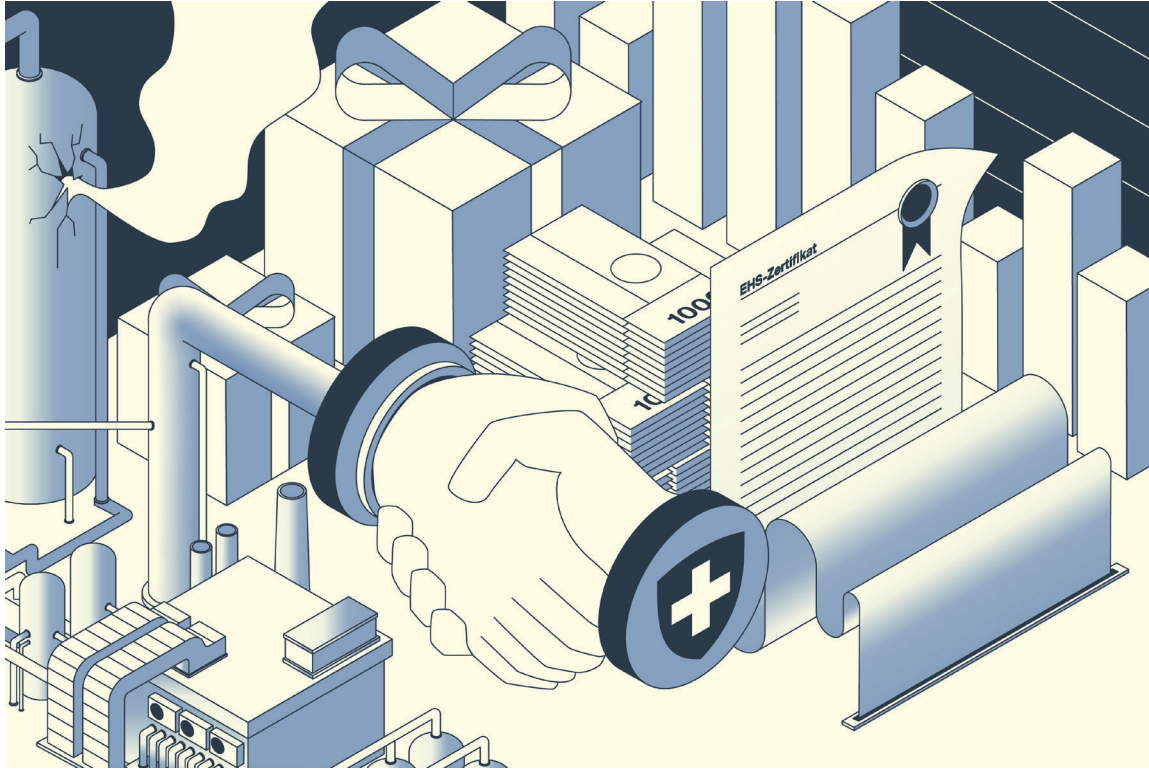


Emissionshandelssystem: Eine Flatrate auf Monsteremissionen



**Eine Recherche
von dem Onlinemagazin
*das Lamm***

**Von Alex Tiefenbacher
und Luca Mondgenast**

März 2023

Die Recherchen für diesen Artikel wurden vom Peter Hans Hofschneider-Recherchepreis für Wissenschafts- und Medizinjournalismus der Stiftung Experimentelle Biomedizin unterstützt. Der Recherchepreis wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Recherche vergeben.

Inhaltsverzeichnis

S. 6 Artikel 1

Weniger CO2 dank Emissionshandel? Eine Bilanz der letzten Jahre

Die Konzerne mit den meisten Klimagasemissionen rechnen ihre CO2-Kosten im Emissionshandelssystem ab. Das sollte die Klimaverschmutzung bremsen. Gewirkt hat es kaum.

S. 12 Artikel 2

Selbstsabotage beim Klimaschutz. Der Grund: die Wettbewerbsfähigkeit

Damit Klimaverschmutzung für die Verursacher*innen etwas kostet, führte man in der Schweiz 2008 den Zertifikatenhandel ein. Weil das für emissionsintensive Firmen ziemlich teuer werden kann, verschenkt der Staat kostenlose Zertifikate. Unsere Recherche zeigt auf, wer die meisten Gratiszertifikate erhalten hat.

S. 16 Artikel 3

Klimaumverteilung: Von den KMUs zu den Grosskonzernen

Nur ein paar wenige Firmen dürfen ihre CO2-Emissionen im Emissionshandelssystem abrechnen. Damit ist es für sie nicht nur günstiger, Emissionen zu verursachen. Sie profitieren auch ganz direkt von den CO2-Abgaben der KMU.

S. 19 Artikel 4

Klimamilliarden für Holcim, Lonza, BASF und Co.

Erstmals zeigen Berechnungen von das Lamm: Der Staat erliess Grosskonzernen CO2-Abgaben in Milliardenhöhe. Wer hat wie stark davon profitiert? Wir bringen Licht in das letzte Jahrzehnt Emissionshandelsdunst.

S. 23 Artikel 5

Ein Spezialdeal für die Klimakiller. Warum eigentlich?

Von 2013 bis 2020 subventionierte der Staat die emissionsintensivsten Firmen des Landes mit rund 3 Milliarden Franken. Ob das gerechtfertigt ist oder nicht, diskutier-te man bereits vor 30 Jahren.

S. 27 Artikel 6

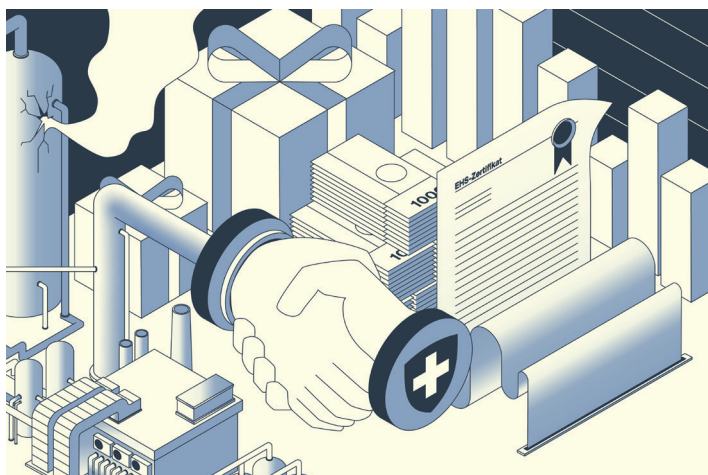
Wann fällt die Dauerflattrate?

Die EU plant Reformen. Diese könnten das EHS raus aus der Geiselhaft der globalisierten Industrie und rein in eine tatsächliche Dekarbonisierung führen. Der Wer-mutstropfen: So bald wird sich kaum etwas ändern.

S. 31 Artikel 7

Braucht es das EHS?

Wer heute Klimagase verursacht, der zahlt. Nur zahlen bis jetzt nicht alle gleich viel, wenn sie das Klima zerstören. Das ist nicht nur unfair, sondern bremst auch die notwendigen CO2-Reduktionen aus. Gehört das EHS deshalb abgeschafft? Eine Einordnung.



27.02.2023

Emissionshandelssystem: Eine Flat-rate auf Monsteremissionen

Der Bund erliess den grössten Umweltverschmutzern von 2013 bis 2020 drei Milliarden Franken an CO₂-Abgaben und schenkte ihnen gleichzeitig Emissionsrechte im Wert von schätzungsweise 361 Millionen Franken. Das zeigen bislang unveröffentlichte Berechnungen vom Onlinemagazin *das Lamm*.

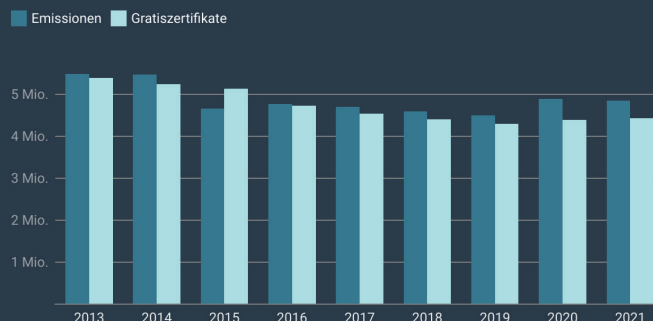
In Kürze

- *Das Lamm veröffentlicht die erste allumfassende Analyse des Schweizer Emissionshandelssystems (EHS).*
- *Unsere Berechnungen zeigen: Grosskonzerne zahlten über das EHS in den letzten Jahren wenig bis nichts für ihre Emissionen.*
- *Dem Staat entgingen dabei 2.9 Milliarden Franken an CO₂-Abgaben. Gleichzeitig schenkte der Bund allen Firmen im EHS Gratisemissionsrechte.*
- *Viele Firmen erhielten gar mehr Gratisrechte, als sie selber benötigten. Diese überschüssigen Emissionsrechte haben einen Wert von schätzungsweise 361 Millionen Franken und können von den Firmen am Emissionsmarkt verkauft werden.*

Eigentlich muss in der Schweiz eine Abgabe zahlen, wer fossile Brennstoffe verbraucht und damit CO₂ verursacht. Das ist eines der Hauptinstrumente der Schweizer Klimapolitik. Die grössten CO₂-Verursacher sind davon jedoch ausgenommen, weil das für sie zu teuer würde. Stattdessen müssen sie lediglich beim Emissionshandelssystem (EHS) mitmachen und dort für jede Tonne CO₂, die sie verursachen, ein Zertifikat, sprich ein Emissionsrecht, abgeben. Die Zertifikate erhalten die Konzerne jedoch grösstenteils vom Bund zugeteilt. Gratis.

Das EHS nach 2020: So entwickelten sich die Emissionen und Gratiszertifikate weiter

Bei der Entwicklung der Emissionen sind zwei markante Sprünge zu beobachten. Die Reduktion im Jahr 2015 ist grösstenteils auf die Schliessung der Tamoilraffinerie zurückzuführen. 2020 stiegen die im EHS dokumentierten Klimagasemissionen, aufgrund des bei der Lonza AG entdeckten Lachgas-Lecks. Aus demselben Grund erhöhte sich auch die Anzahl Gratiszertifikate 2020 wieder leicht. 2021 startete die neue Handelsperiode. Emissionen und Gratiszertifikate blieben jedoch etwa gleich hoch. Für das Jahr 2022 sind die Emissionszahlen noch nicht vollständig bekannt.



Eine Einheit entspricht jeweils einer Tonne CO₂-Äquivalent

Grafik: Onlinemagazin – Das Lamm • Quelle: Emissionshandelsregister • Erstellt mit Datawrapper

Eine Recherche von *das Lamm* zeigt nun: Das System funktionierte bis anhin nicht. Schlimmer noch: Die Grossverursacher von CO₂-Emissionen nutzten das System, um damit Geld zu verdienen. Emissionsreduktionen, um in nützlicher Frist auf null zu kommen, wurden nicht erreicht.

Der Hauptgrund dafür sind die Gratiszertifikate. Der Bund möchte mit dem Austeilen der Gratiszertifikate verhindern, dass sich die für die Klimagasemissionen verantwortliche Produktion aufgrund hoher CO₂-Kosten in ein anderes Land verlagert – Stichwort: Carbon-Leakage. Unsere Recherchen zeigen: So gut wie alle privatwirtschaftlichen Firmen im Schweizer EHS profitierten in der letzten Handelsperiode mit dieser Begründung von einer extra grosszügigen Zuteilung an Gratiszertifikaten.

Zwar ist es in der Schweiz nicht mehr kostenlos, das Klima zu belasten – aber nicht alle zahlen denselben Preis.

Das Resultat: Dem Staat entgingen von 2013 bis 2020 nicht nur drei Milliarden Franken an Staatseinnahmen, sondern er verschenkte auch mehr Zertifikate an die EHS-Konzerne, als diese für ihre eigenen Emissionen brauchten. Diese überschüssigen Zertifikate können von den Firmen gewinnbringend verkauft werden. Der aktuelle Gegenwert aller angehäuften Emissionsrechte beläuft sich, Stand 25. Januar 2023, schätzungsweise auf 361 Millionen Franken.

Ein Beispiel: Der Baustoffriese Holcim hat in der letzten Handelsperiode schätzungsweise 1.8 Millionen Franken für seine Klimagasemissionen bezahlt. Würden für den Konzern jedoch dieselben Regeln gelten wie für uns alle, hätte Holcim 833 Millionen hinblättern müssen. Das Fazit: Zwar ist es in der Schweiz nicht mehr kostenlos, das Klima zu belasten – aber nicht alle zahlen denselben Preis.

Das EHS von 2013 bis 2020: Diese Industrieanlagen rechneten ihre Klimagase im EHS ab

In der vergangenen Handelsperiode nahmen rund 40 Firmen mit etwa 50 verschiedenen Industrieanlagen am EHS teil. Diese rund 40 Firmen machen nicht einmal 0.01 Prozent aller Schweizer Firmen aus. Sie verursachten aber gut 10 Prozent aller inländischen Emissionen.

Anlage <small>Standort</small>	Beschreibung
BASF <small>Kaisten</small>	Herstellung von Kunststoffen und chemischen Stoffen
Ciments Vigier <small>Péry</small>	Herstellung von Zement
CIMO <small>Monthey</small>	Dienstleistungsunternehmen, das die multinationalen Unternehmen Syngenta, Hunstman, Sun Chemical und BASF am Standort Monthey bei der Herstellung von chemischen Produkten in den Bereichen technische Wartung, Sicherheit, Umwelt, Energieerzeugung und Abfallbehandlung unterstützt.
Gemeinde Lausanne <small>Heizwerk Pierre-de-Plan</small>	Versorgung der Gemeinde Lausanne mit Wärme, Aufbereitung von Abwasser
Gemeinde Lausanne <small>Heizwerk Bossons</small>	Versorgung der Gemeinde Lausanne mit Wärme, Aufbereitung von Abwasser

Weitere 51 Zeilen werden nicht angezeigt.

Tabelle: Onlinemagazin – Das Lamm • Quelle: Anfragen via Öffentlichkeitsgesetz beim Bafu • Erstellt mit Datawrapper

Denn während die grössten Klimakiller glimpflich davonkommen, bezahlen Privatpersonen und die meisten Schweizer Firmen 120.– Franken CO₂-Abgabe auf jede Emissionstonne aus fossilen Brennstoffen. Das wirft Fragen auf: Wieso gibt es in der Schweiz verschiedene Bezahlssysteme für Klimagasemissionen? Wie viele Tonnen Gratisemissionen erhielten die Grosskonzerne? Welche Firmen haben gespart oder gar Profit gemacht bei diesem CO₂-Spezialdeal?

Diesen und weiteren Fragen geht *das Lamm* in der mehrteiligen Serie EHS: Eine Flatrate auf Monsteremissionen nach. Damit veröffentlicht *das Lamm* erstmals eine allumfassende Analyse der vergangenen EHS-Handelsperiode von 2013 bis 2020.

Nicht nur die Schweiz, sondern auch die EU setzen trotz all dem stark auf das Emissionshandelssystem. Deshalb wird es sich wohl zu einem der wichtigsten Polit-Instrumente im Kampf gegen die Klimakrise entwickeln. Umso wichtiger wäre es, dass die darin abgewickelten Klimadeals transparent kommuniziert werden. Dies ist bis heute nicht der Fall. Denn die Regeln des EHS sind dermassen verschachtelt und irreführend, dass kaum eine klare Dokumentation und Auswertung möglich ist.

Mehr als einmal haben wir uns während der Recherche gedacht: Das kann doch nicht sein, irgendetwas verstehen wir falsch, übersehen wir. Aber nein: Im Nachhinein hat sich jeweils herausgestellt, dass wir vieles durchaus richtig verstanden haben. Wir hatten lediglich die Absurdität des EHS unterschätzt.

Falls auch du im Laufe der folgenden sieben Artikel an einen Punkt kommst, an dem du denkst: „Das kann nicht sein!“, empfehlen wir dir: „Zweifle nicht nur an dir selbst, sondern auch am System EHS.“ Denn so einiges am Emissionshandelssystem scheint zwar unglaublich – ist aber trotzdem wahr.

FAQ zum Schweizer Emissionshandelssystem (EHS)

Was ist das EHS und wer rechnet seine Klimagasemissionen darin ab?

Im Schweizer Emissionshandelssystem (EHS) werden Rechte für den Ausstoss von Klimagasen gehandelt. Grosse Schweizer Industrieanlagen wie Zementwerke, Raffinerien, Papierfabriken, Stahlkonzerne oder Pharmariesen rechnen ihre Klimakosten im EHS ab – mit dem Ziel, die Emissionen zu senken. Rund 50 Firmen waren in der vergangenen Handelsperiode im EHS beteiligt. Darunter auch bekannte Namen wie Holcim, BASF, La Roche oder der Flughafen Zürich. Ende 2020 ging die zweite Handelsperiode zu Ende.

Konnte das EHS die Emissionen der Schweizer Industrie reduzieren?

In sieben Jahren konnten die EHS-Konzerne laut dem eidgenössischen Emissionshandelsregister ihre Emissionen um 0.6 Millionen Tonnen Klimagase reduzieren. Die für diese Berechnung verwendeten Zahlen werden jedoch durch Austritte und Konkurse verfälscht. Im besten Fall konnten die EHS-Firmen von 2013 bis 2020 rund 10 Prozent Emissionsreduktionen vorweisen. Das ist nicht nichts, aber um in nützlicher Frist auf null zu kommen, ist das deutlich zu langsam.

Wieso sind die Klimakosten für Unternehmen im EHS tiefer als die allgemeingültige CO₂-Abgabe?

Wenn Firmen ihre Klimakosten über das Emissionshandelssystem (EHS) abrechnen, sind sie von der CO₂-Abgabe (120.– Franken pro Tonne) befreit. Dafür müssen sie für jede Tonne CO₂, die sie in die Luft pusten, ein EHS-Zertifikat abgeben. Diese Zertifikate sind aber bedeutend billiger als die CO₂-Abgabe (Stand 25. Januar 2023: rund 80.– Franken). Zudem müssen die Firmen nur für einen Bruchteil ihrer Emissionen Zertifikate kaufen. Den Grossteil der Zertifikate erhalten die EHS-Firmen vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) geschenkt.

Wieso verschenkt das BAFU Emissionsrechte?

Die Vergabe der Gratiszertifikate dient dem Schutz vor sogenanntem Carbon-Leakage. Unter Carbon-Leakage versteht man die Abwanderung der Klimagasemissionen in Länder mit weniger hohen Klimakosten. Das Verhindern von Carbon-Leakage durch das Verteilen von Gratiszertifikaten ist dementsprechend eine Mischung aus Klimaschutz und dem Schutz der inländischen Wettbewerbsfähigkeit. Je nach Branche ist jedoch weitgehend unklar, ob es für die betroffenen Firmen überhaupt infrage käme, ins Ausland abzuwandern.

Wie wirken sich die tieferen Klimakosten auf die Dekarbonisierung der Industrie aus?

Die Politik konzipierte ein System, das für CO₂ einen Preis einführen sollte, um emissionsintensive Konzerne dazu zu bewegen, das Klima weniger zu belasten. Doch weil das

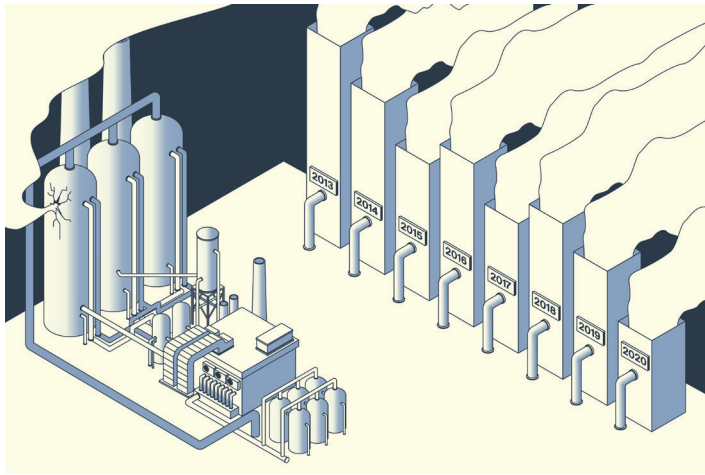
Instrument tatsächlich funktionieren würde, schenkt die Politik den Firmen mit den höchsten Emissionen Gratiszertifikate, um die Kosten für eben diese Unternehmen tief zu halten. Oder anders ausgedrückt: Die grosszügig verteilten Gratiszertifikate scheinen das eigentlich wirksame Instrument zur Reduktion des CO₂-Ausstosses zu sabotieren.

Die Spielregeln des EHS werden vorwiegend von der EU vorgegeben. Kann die Schweiz hier überhaupt Einfluss nehmen?

Bis zu einem gewissen Grad schon. Einerseits könnte die Schweiz ihre nationale Klimagesetzgebung besser mit den Regeln des EHS harmonisieren. Zum Beispiel indem den EHS-Konzernen die Differenz zwischen den Kosten im EHS und den CO₂-Abgaben trotzdem in Rechnung gestellt würde. Andererseits gibt es eine weitere Bevorteilung der EHS-Konzerne, die auf der Schweizer Gesetzgebung basiert und nichts mit den europäischen Regeln des EHS zu tun hat: Firmen, die über das EHS abrechnen, sind zwar von der CO₂-Lenkungsabgabe befreit, profitieren aber trotzdem von deren Rückverteilung. Die CO₂-Lenkungsabgabe wird grösstenteils an die Schweizer Bevölkerung zurück verteilt. Damit soll klimafreundliches Verhalten belohnt werden. Aber auch EHS-Firmen erhalten bei dieser Rückverteilung Geld, obwohl sie gar keine CO₂-Abgabe bezahlt haben. Bei den EHS-Firmen entwickelt die CO₂-Abgabe also genau den gegenteiligen Effekt: Anstatt dass das Geld von klimafeindlich zu klimafreundlich umverteilt wird, fliesst es von klimafeindlich zu ultra-klimafeindlich.

Die vorliegende Recherche bezieht sich auf die vergangene EHS-Handelsperiode. Wie sieht die Zukunft des EHS aus?

Die EU wird den EHS im Rahmen des „Fit for 55“-Programms voraussichtlich verschärfen. Bis die fossile Industrie jedoch tatsächlich adäquat zur Kasse gebeten wird, könnten noch mehrere Jahre vergehen. Die vollständige Abschaffung der Gratiszertifikate ist nach den aktuellen Plänen der EU erst im Jahr 2034 geplant.



28.02.2023

Weniger CO₂ dank Emissionshandel? Eine Bilanz der letzten Jahre (1/7)

Die Konzerne mit den meisten Klimagasemissionen rechnen ihre CO₂-Kosten im Emissionshandelssystem ab. Das Ziel: weniger Klimaverschmutzung. Gewirkt hat es kaum.

In Kürze

- Im Schweizer Emissionshandelssystem (EHS) werden Rechte für den Ausstoss von Klimagasen gehandelt. Grosse Schweizer Industriekonzerne rechnen ihre Klimakosten darüber ab – mit dem Ziel, die Emissionen zu senken.
- Einzelne EHS-Firmen stossen mehr Treibhausgase aus fossilen Brennstoffen aus, als auf dem gesamten Gebiet der Stadt Zürich anfallen.
- In acht Jahren konnten die EHS-Konzerne laut dem eidgenössischen Emissionshandelsregister ihre Emissionen um 0.6 Millionen Tonnen Klimagase reduzieren. Doch die Zahlen werden durch Austritte und Konkurse verfälscht.
- Mit diesem System kann die Schweizer Industrie bis 2050 nicht auf Netto-Null kommen.

Zumindest in der Theorie ist die Gesetzesgrundlage solid: In der Schweiz gibt es nämlich gleich mehrere politische Instrumente, mit denen die Treibhausgasemissionen gesenkt werden sollen. Eines davon ist das Emissionshandelssystem (EHS). Das primäre Ziel des Emissionshandelssystems ist es, einen Markt zu schaffen. Einen Markt, auf dem nur ein Gut gehandelt wird: das Recht, Klimagase auszustossen. Die Hoffnung dahinter ist simpel: Die Emissionen sollen reduziert werden, indem sie einen Preis bekommen.

Bei den Firmen, die in der Schweiz ihre Klimakosten über das EHS abrechnen, handelt es sich vorwiegend um grosse Industriekonzerne: Zementwerke, Raffinerien, Papierfabriken, Stahlkonzerne und Pharmariesen. All jene also, bei denen die Politik als Erstes den Hebel ansetzen sollte.

Das EHS von 2013 bis 2020: Diese Industrieanlagen rechneten ihre Klimagase im EHS ab

In der vergangenen Handelsperiode nahmen rund 40 Firmen mit etwa 50 verschiedenen Industrieanlagen am EHS teil. Diese rund 40 Firmen machen nicht einmal 0.01 Prozent aller Schweizer Firmen aus. Sie verursachten aber gut 10 Prozent aller inländischen Emissionen.

Anlage Standort	Beschreibung
BASF Kaisten	Herstellung von Kunststoffen und chemischen Stoffen
Ciments Vigier Péry	Herstellung von Zement
CIMO Monthey	Dienstleistungsunternehmen, das die multinationalen Unternehmen Syngenta, Hunstman, Sun Chemical und BASF am Standort Monthey bei der Herstellung von chemischen Produkten in den Bereichen technische Wartung, Sicherheit, Umwelt, Energieerzeugung und Abfallbehandlung unterstützt.
Gemeinde Lausanne Heizwerk Pierre-de-Plan	Versorgung der Gemeinde Lausanne mit Wärme, Aufbereitung von Abwasser
Gemeinde Lausanne Heizwerk Bossons	Versorgung der Gemeinde Lausanne mit Wärme, Aufbereitung von Abwasser

Weitere 51 Zeilen werden nicht angezeigt.

Tabelle: Onlinemagazin – Das Lamm • Quelle: Anfragen via Öffentlichkeitsgesetz beim Bafu • Erstellt mit Datawrapper

2013 wurde das Schweizer Emissionshandelssystem in seiner heutigen Form eingeführt. Ende 2020 ging die zweite sogenannte Handelsperiode auf diesem Marktplatz für Emissionsrechte zu Ende. Sie startete 2013 und dauerte acht Jahre. Wir haben das zum Anlass genommen, um das System genauer unter die Lupe zu nehmen. Die zentrale Frage: Konnte das Emissionshandelssystem die Klimagase aus der Schweizer Industrie in den letzten Jahren wie versprochen senken?

In der vergangenen Handelsperiode nahmen rund 40 Firmen mit etwa 50 verschiedenen Industrieanlagen am EHS teil. Von den über 600'000 Firmen in der Schweiz machten diese nicht einmal 0.01 Prozent aus. Sie verursachten aber rund 10 Prozent der inländischen Emissionen.

Zu Beginn der zweiten Handelsperiode im Jahr 2013 stiessen diese laut dem nationalen Emissionshandelsregister 5.5 Millionen Tonnen Klimagase aus. Am Ende der Handelsperiode 2020 waren es 4.9 Millionen Tonnen. Aber: Diese Zahl allein als Massstab für die Wirksamkeit des EHS zu nehmen, wäre arg vereinfacht. Denn in der Zeit zwischen 2013 und 2020 ist so einiges geschehen.

Spezialdeal Emissionshandelssystem: Die Regeln

Firmen, die ihre Klimakosten unter dem Emissionshandelssystem abrechnen dürfen, bezahlen keine CO₂-Abgabe. Stattdessen müssen sie für jede ausgestossene Tonne CO₂ ein entsprechendes Zertifikat erwerben. Diese Zertifikate sind nichts anderes als Emissionsrechte. Dabei gibt es nur eine bestimmte Menge an Zertifikaten und diese Menge, der sogenannte Cap, wird schrittweise gesenkt. Diese Verknappung soll den Preis der Zertifikate erhöhen.

Die Firmen können die Zertifikate auf zwei Arten beziehen: Entweder sie erwerben sie käuflich oder sie bekommen sie geschenkt. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) verteilt jedes Jahr eine grosse Menge an Gratiszertifikaten an die Schweizer EHS-Firmen, um zu verhindern, dass sie ihre Emissionen ins Ausland verlagern.

Zeitlich ist das EHS in mehrjährigen Handelsperioden mit mehr oder weniger gleichbleibenden Regeln organisiert. Die letzte Handelsperiode lief von 2013 bis 2020.

Wichtig: Die Zertifikate im Emissionshandelssystem sind nicht an Projekte gekoppelt, die der Atmosphäre Klimagase entziehen, wie man das zum Beispiel von Kompensationen für Flugreisen kennt. Bei diesen freiwilligen Kompensationszahlungen spricht man zwar oft auch von "Zertifikaten", diese haben aber nichts mit dem EHS zu tun.

Wer darf beim EHS mitmachen?

Grundsätzlich sind im EHS Firmen aus den Branchen mit den höchsten Treibhausgasemissionen vertreten. Dabei gibt es solche, die beim EHS mitmachen „müssen“, weil sie im Anhang 6 der CO2-Verordnung stehen. Auf dieser Liste sind beispielsweise die Metall- oder die Zementindustrie. Dieses „müssen“ kann jedoch zu Missverständnissen führen. Denn die Firmen werden hier zu etwas gezwungen, das ihnen bis jetzt vor allem Vorteile verschafft hat.

Zusätzlich gibt es Branchen, die freiwillig beim EHS mitmachen können. Diese stehen im Anhang 7 der CO2-Verordnung. Hier befinden sich zum Beispiel die Chemie-, die Papier- oder die Holzindustrie. Kurzum: Im EHS versammeln sich die Grosskonzerne aus der Energieproduktion und der Schwerindustrie.

Der überwiegende Teil der Schweizer Firmen darf aber nicht am EHS teilnehmen. Diese zahlen stattdessen für jede Tonne Klimagase eine CO2-Abgabe von 120.– Franken.

Im EHS registriert werden genau genommen nicht die Firmen selbst, sondern die verschiedenen Industrieanlagen der Firmen – also ein Zementwerk, ein Stahlwerk oder ein Heizwerk. Deshalb kann eine Firma auch mit mehreren Standorten im EHS vertreten sein.

Wie wird bestimmt, wer wie viele Gratiszertifikate erhält?

Die Anzahl Gratiszertifikate, die eine Firma vom BAFU erhält, ist von zwei Faktoren abhängig. Einerseits erhalten Firmen, die bereits eine gute CO2-Bilanz haben, mehr Gratiszertifikate als solche, die schlecht dastehen. Was man dabei aber nicht vergessen darf: Auch Firmen beziehungsweise deren Produktionsanlagen, die in diesem Ranking zu den besten zählen, emittieren immer noch Unmengen an Klimagasen.

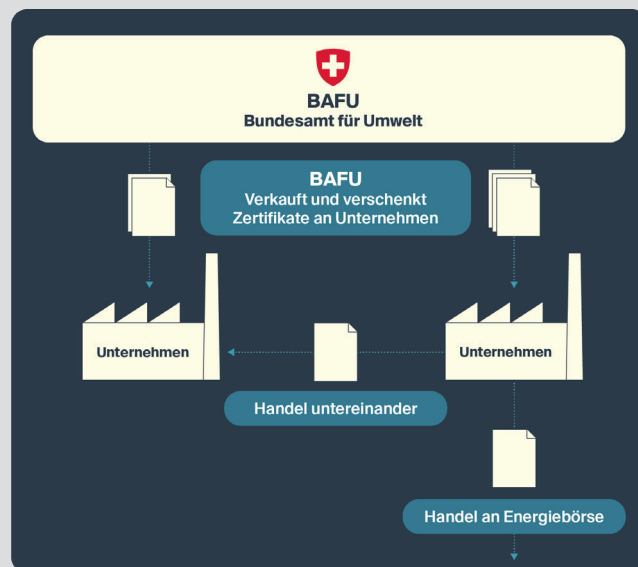
Andererseits erhalten Firmen, die für ihre Produkte den sogenannten Carbon-Leakage-Status beanspruchen, mehr Gratiszertifikate als solche ohne. Von Carbon-Leakage spricht man dann, wenn die Klimagasemissionen wegen hoher Abgaben, Steuern oder anderen Klimaschutzmassnahmen in ein anderes Land verlagert werden, in dem es billiger ist, CO2 zu emittieren.

In der Handelsperiode von 2013 bis 2020 mussten alle Schweizer EHS-Firmen zusammen 39 Millionen Zertifikate abgeben. Vom BAFU wurden 38 Millionen Zertifikate gratis verteilt. Viele Schweizer EHS-Firmen haben deshalb eine beträchtliche Menge EHS-Zertifikate beiseitelegen kön-

nen. Diese Reservebildung schwächt die Wirkung des EHS-Konzepts ab.

Wie kommen die EHS-Firmen zu den restlichen Zertifikaten?

Einerseits führt das BAFU regelmässig Versteigerungen durch. Andererseits handeln die EHS-Firmen sowie andere am CO2-Markt interessierte Akteur*innen untereinander mit den Emissionsrechten. Dieser Handel läuft über mehrere Energiebörsen – zum Beispiel über die European Energy Exchange (EEX) mit Sitz in Leipzig.



Verknüpft mit dem europäischen EHS und trotzdem anders. Wie geht das?

Seit dem 1. Januar 2020 ist das Schweizer EHS mit dem europäischen EHS verknüpft. Deshalb gelten in beiden Systemen grundsätzlich dieselben Regeln. Da diese EHS-Regeln aber in eine nationale Klimagesetzgebung eingebettet sind, bedeutet die Teilnahme am EHS für eine europäische Firma trotzdem nicht zu hundert Prozent dasselbe wie für eine Schweizer Firma. Ein Beispiel: Anders als in den meisten EU-Ländern bezahlen die Firmen, die nicht im EHS sind, in der Schweiz auf fossile Brennstoffe eine CO2-Lenkungsabgabe. Diese liegt momentan bei 120 Franken pro Tonne CO2.

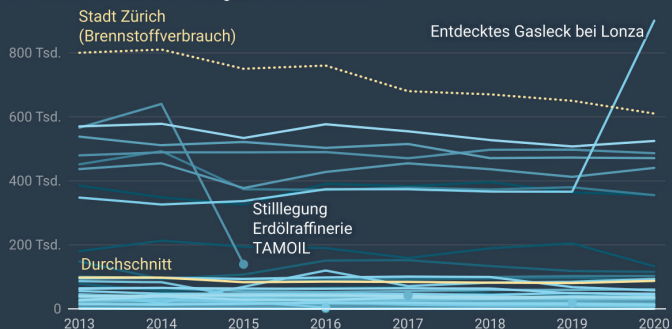
Diese Lenkungsabgabe wird grösstenteils an die Schweizer Bevölkerung zurückverteilt. Aber auch EHS-Firmen erhalten bei dieser Rückverteilung Geld, obwohl sie gar keine CO2-Abgabe bezahlt haben. Diese zusätzlichen Einnahmen aus der nationalen CO2-Abgabe erhalten europäische EHS-Firmen nicht.

Zum Beispiel wurde die Erdölraffinerie Tamoil in dieser Zeitspanne stillgelegt. Tamoil steuerte 2014 noch rund 0.6 Millionen Tonnen Emissionen zum nationalen Total bei. Diese fielen im Jahr 2016 vollends weg. Andererseits erhöhte ein 2018 entdecktes Leck beim Pharmaunternehmen Lonza die dokumentierten Emissionen sprunghaft. So stark, dass die Klimagasemissionen dieser Lonza-Fabrik nach 2019 höher waren als die Emissionen aus dem Verbrauch fossiler

Brennstoffe auf dem gesamten Gebiet der Stadt Zürich. Die Recherchen von *das Lamm* zeigen: Die Entwicklungen der im EHS abgerechneten Emissionen beruhen bei Weitem nicht nur auf Klimaschutzbemühungen. Wer wirklich herausfinden will, ob das EHS die Emissionen der teilnehmenden Firmen beeinflusst hat, muss die Firmen einzelnen unter die Lupe nehmen.

Das EHS von 2013 bis 2020: So entwickelten sich die Emissionen

Die meisten EHS-Firmen emittierten jährlich weniger als 100'000 Tonnen Klimagase. Ein paar Konzerne sind aber für deutlich mehr Klimaverschmutzung verantwortlich. Die grösste Einzelmittlerin, die Lonza AG, verursachte gar mehr Emissionen aus fossilen Brennstoffen als die Stadt Zürich auf ihrem gesamten Territorium.



Eine Einheit entspricht jeweils einer Tonne CO₂-Äquivalent (tCO₂e)

Grafik: Onlinemagazin – Das Lamm • Quelle: Emissionshandelsregister / Stadt Zürich • Erstellt mit Datawrapper

Während ein grosser Teil der Industrieanlagen im EHS das Klima mit weniger als 100'000 Tonnen Klimagasen pro Jahr belasteten, stiess eine Handvoll Firmen deutlich mehr aus: der Chemiekonzern Lonza, der Betonriese Holcim mit seinen Standorten in Untervaz, Eclépens und Siggenthal, die Erdölraffinerie Varo in Cressier, der Chemiekonzern CIMO, das Stahlwerk der Stahl Gerlafingen AG, sowie die Zementhersteller Ciments Vigier und die Jura-Cement-Fabriken mit den beiden Werken in Wildegg und Cornaux.

Insgesamt wurden im Jahr 2020 auf Schweizer Boden 43.4 Millionen Tonnen Klimagase freigesetzt. Die rund 50 Industrieanlagen, die damals ihre Emissionen im EHS abrechneten, machten mit etwa 5 Millionen Tonnen mehr als 10 Prozent davon aus. Die zehn EHS-Anlagen mit den höchsten Emissionen bliesen mit rund 3 Millionen Tonnen CO₂ etwa 7 Prozent der gesamtschweizerischen Emissionen in die Luft.

Das EHS – ein Klimaschutzinstrument unter vielen

Das Schweizer CO₂-Gesetz unterscheidet zwischen Emissionen aus Brennstoffen wie Erdöl oder Erdgas und Emissionen aus Treibstoffen wie Benzin oder Diesel. Für die Regulation der Brennstoffe gibt es neben dem EHS auch die Instrumente der CO₂-Lenkungsabgabe und der Zielvereinbarung. Den Emissionen aus Treibstoffen will die Politik über das Instrument der Kompensationspflicht einen Preis geben. Diese Kompensationspflicht beschränkt sich jedoch auf Treibstoffe aus dem Strassenverkehr – sprich Diesel und Benzin. Für Kerosin gilt die Kompensationspflicht nicht.



Brennstoffe
wie Erdöl oder Erdgas

- EHS
- CO₂-Lenkungsabgabe
- Zielvereinbarung



Treibstoffe
wie Benzin oder Diesel
(Kerosin ausgeschlossen)

- Kompensationspflicht

Weshalb sind auf der Seite der Brennstoffe mehrere verschiedene Instrumente entstanden? Der Hauptgrund: Bei der Einführung der CO₂-Abgabe gab es Bedenken, dass emissionsintensive und international tätige Schweizer Konzerne nicht mehr wettbewerbsfähig wären, wenn sie eine CO₂-Abgabe bezahlen müssen. Deshalb hat der Bund für die Sektoren mit den höchsten Emissionen Speziallösungen entworfen. Die damalige Diskussion lässt sich in dieser SRF-Sendung aus dem Jahr 1995 nachschauen.

Nur teilweise Dekarbonisierung der Wirtschaft

Es gibt auch Entwicklungen, die optimistisch stimmen. Ein Unternehmen, das seine Emissionen in der letzten Handelsperiode stark gesenkt hat, ist die Papierfabrik Perlen. Sties die Fabrik 2013 noch 86'339 Tonnen CO₂ aus, waren es 2020 nur noch 7'946 Tonnen – das ist eine Reduktion von 90 Prozent. „Der Rückgang ist hauptsächlich auf den Dampfbezug von der KVA Renergia zurückzuführen“, schreibt die Papierfabrik auf Anfrage. Anstatt fossile Energieträger wie Erdgas oder Öl zu verbrennen, bezieht Perlen die benötigte Wärme heute von der Kehrichtverbrennungsanlage Renergia.

Dass die Energie, die bei der Verbrennung unseres Abfalls entsteht, nochmals genutzt wird, ist sicherlich sinnvoll. Ein „aber“ gibt es trotzdem, denn laut der Kehrichtverbrennungsanlage Renergia ist der bei ihnen verbrannte Abfall zu 50 Prozent fossiler Herkunft – sprich: Plastik. Und natürlich entstehen in der Kehrichtverbrennungsanlage auch Klimagase, wenn Plastik verbrannt wird – sie landen einfach nicht mehr auf dem CO₂-Konto von Perlen Papier.

Was das Beispiel der Papierfabrik zeigt: Nicht jede Reduktion der im EHS gelisteten Emissionen beruht tatsächlich auf einer Dekarbonisierung des industriellen Prozesses, zum Beispiel dann, wenn die fossilen Brennstoffe einfach durch Plastikmüll ersetzt werden.

Das EHS von 2013 bis 2020: So entwickelten sich die Emissionen
 Die Entwicklungen der jeweiligen Emissionsmengen sind sehr unterschiedlich. Einige Zahlen müssen mit Bedacht interpretiert werden, da gewisse EHS-Anlagen miteinander verknüpft sind und Ihre Emissionen dementsprechend gesamthaft angeschaut werden müssen.

Anlagenname	Entw.	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Holcim Siggental	-8,0%	569.854	578.242	533.693	576.549	554.525	527.374	507.450	524.262
TAMOL Walliser Gletschberg		565.912	640.087	139.223					Schlussung der Anlage
Ciments Vigier Fribourg	-12,4%	537.805	511.191	521.398	503.050	514.998	470.987	472.572	470.918
Jura-Cement-Fabriken Wildegg	1,5%	479.345	488.945	488.817	489.989	470.390	496.965	497.318	486.346
Holcim Cortina	-21,3%	451.693	492.561	373.684	372.035	378.731	372.877	379.836	355.389
Holcim Lüttraz	0,9%	436.624	454.556	377.403	427.795	454.534	436.159	412.539	440.436
VARO Refining Olten	-7,6%	394.969	348.568	325.303	390.622	383.242	396.253	363.529	355.617
Lonza Visp	159,0%	347.676	326.073	336.686	373.781	373.555	366.296	366.153	900.368
Jura-Cement-Fabriken Courmayeur	-26,1%	180.226	213.127	194.549	189.922	158.724	189.205	204.415	183.163
CIMO Marone	-21,9%	148.215	93.007	107.011	150.894	151.976	133.586	118.339	115.689
GETEC PARK Solothurn/Ob- u. Nidwil	-10,6%	101.465	95.045	94.022	94.926	91.995	94.465	96.701	90.688
Durchschnitt	-11,0%	98.183	97.899	83.306	85.241	84.004	82.076	80.572	87.403
DSM Nutritional Products Dübendorf	-39,6%	95.512	97.251	93.744	98.126	100.893	99.497	67.911	57.692
Stahl Gefältingen AG Perlen	9,1%	94.113	97.366	92.500	87.734	98.221	99.404	102.036	102.683
Perlen Papier Perlen	-90,8%	86.339	83.156	35.907	20.895	12.893	9.727	9.749	7.946

Weitere 42 Zeilen werden nicht angezeigt.
 Eine Einheit entspricht jeweils einer Tonne CO₂-Äquivalent
 Tabelle: Onlinemagazin – Das Lamm • Quelle: Emissionshandelsregister • Erstellt mit Datawrapper

Es gibt ein weiteres Szenario, bei dem zwar die Emissionen im EHS zurückgehen, die dahinterstehende Industrie deswegen aber nicht unbedingt klimafreundlicher geworden ist. Nämlich dann, wenn die industriellen Prozesse einfach verschwinden.

So geschehen zum Beispiel bei der Industrieanlage "Kesselhaus Klybeck" in Basel. 2020 verzeichnet das Kesselhaus Klybeck fast 65 Prozent weniger Klimagasemissionen als 2013.

Auf die Frage, wie diese stolze Reduktion erreicht werden konnte, bekommen wir von der heutigen Besitzerin des Klybeck-Areals, der Rhystadt AG, folgende Antwort: "Das Klybeck-Areal zwischen Rhein und Wiese wird 'transformiert' und wächst in den nächsten Jahrzehnten schrittweise mit den umliegenden Quartieren zusammen". Wo früher also die Grossindustrie mit Energie beliefert wurde, entsteht heute ein neuer Stadtteil.

Die sinkenden Emissionswerte würden die Veränderung des Nutzungsmixes inklusive des Wegfalles grossindustrieller Produktion widerspiegeln, so die Rhystadt AG weiter. Von den früher industriell genutzten Liegenschaften würden viele nicht mehr benötigt oder anders genutzt.

Und auch beim dritten Beispiel in Form eines Basler EHS-Teilnehmers sind die im EHS registrierten Klimagasreduktionen nicht nur auf Klimaschutzbemühungen zurück zu führen. Der Pharmariese Hoffmann-La Roche reduzierte die Emissionen an seinem Hauptsitz in Basel von 2013 bis 2020 um 42 Prozent.

Den grössten Sprung machte das Unternehmen 2017. In diesem Jahr sanken die Klimagase von 32'000 auf 23'000 Tonnen. Auf Anfrage verweist der Konzern zwar auch auf die Umsetzung eines neuen Energie-Leitbildes. Zugleich ist der Standort Basel seit 2017 aber gar kein Produktionsstandort mehr. „Der Standort Basel gilt [...] als 'Launch-Site' und nicht mehr als klassische 'Produktions-Site'. Energieintensive, grössere Produktionsprozesse wurden an andere Standorte wie z.B. Kaiseraugst verlagert", erklärt Hoffmann-La Roche auf Anfrage.

Wir haben auch bei weiteren Industrieanlagen mit hohen Reduktionen nachgefragt. Zum Beispiel beim Pharmaunternehmen Dottikon Exclusive Synthesis (-63 Prozent Emissionen) oder dem Aluminiumproduzent Constellium Valais (-50 und -46 Prozent Emissionen). Eine Antwort auf die Frage, mittels welcher Massnahmen die Emissionen reduziert werden konnten, erhielten wir jedoch auch nach mehrfachen Nachfragen nicht.

Rauf statt runter

Zu beobachten ist leider auch der entgegengesetzte Effekt: Bei 20 Industrieanlagen gingen die Emissionen in der letzten Handelsperiode trotz Teilnahme am EHS hoch. Eine von ihnen ist das GZM Extraktionswerk in Lyss, das Schlachtabfälle verarbeitet. Im Jahr 2013 verursachte die GZM rund 15'000 Tonnen CO₂; 2019 waren es rund 18'000 Tonnen. „Die Zunahme der Treibhausgase in der Periode von 2013 bis 2019 ist weder technischen noch finanziellen Hürden geschuldet, sondern systemisch bedingt“, sagt der Leiter Unternehmenskommunikation der Centravo-Gruppe, zu der auch die GZM Lyss gehört, auf Anfrage. Schlussendlich sei alles davon abhängig, was bei ihnen angeliefert wird. Sprich: Je nachdem, wie viel und welche Tiere geschlachtet werden, gehen die Klimagasemissionen bei der GZM hoch oder runter.

2020 verliess die GZM das EHS. Obwohl das Unternehmen in seiner EHS-Zeit die Klimagase nicht gesenkt hat, bekam es gesamthaft mehr Zertifikate umsonst zugeteilt, als es abgeben musste. Beim Austritt konnte die GZM aus wirtschaftlicher Sicht also eine durchaus profitable Bilanz ziehen: Das Unternehmen musste nichts für seine Emissionen bezahlen und hatte am Schluss rund 12'000 Zertifikate übrig, die es irgendwann auf dem CO₂-Markt verkaufen kann – Ende Januar 2023 für rund 80 Franken das Stück.

Schlecht informierte EHS-Firma:

Bei unserer Recherche hat uns immer wieder aufs Neue erstaunt, wie wenig die EHS-Firmen selbst über das System wissen, indem sie ihre CO₂-Kosten begleichen. Zum Beispiel das GZM Extraktionswerk: In einem ersten Mailkontakt mit dem Werk im bernischen Lyss konfrontierten wir die Betreiber*innen damit, dass sie mehr Emissionszertifikate umsonst erhalten haben, als sie total abgeben mussten. Wir wollten wissen, was das Unternehmen mit den rund 12'000 überschüssigen Zertifikaten anfangen wird. Anstatt einer Antwort erreichte uns eine Gegenfrage aus Lyss: „Über welche Quelle haben Sie Ihre Informationen?“ (sic!) Dies erstaunt. Denn um die Emissionen und Zertifikatszuweisungen der EHS-Firmen herauszufinden, braucht es weder exklusive Quellen noch grosses Investigativtalent. Die Zuteilungen und Abgabepflichten sind alle über das öffentlich zugängliche Emissionshandelsregister einsehbar.

So richtig in die Hose ging die Sache mit den Reduktionen beim Chemiekonzern Lonza: Am Ende der zweiten Handelsperiode schienen die Emissionen der Walliser Produktionsstätte um 150 Prozent höher zu sein als am Anfang. Schienen, weil Lonzas Emissionen mit grosser Wahrscheinlichkeit be-

reits beim Start der Handelsperiode, also 2013, so hoch waren. Nur tauchten sie von 2013 bis 2019 nicht in der Emissionsabrechnung des Chemiekonzerns auf.

Der Grund: Bei einer Kontrollmessung im Frühjahr 2018 entdeckte man bei der Lonza ein Leck, aus dem Lachgas mit einer Klimawirkung von rund 600'000 Tonnen CO₂ pro Jahr austrat – und das schon seit Längerem. Die Emissionen entsprechen laut dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) rund einem Prozent des jährlichen Treibhausgasausstosses der Schweiz. Auch die Schwankungen der Lonza-Emissionen sind also nicht vorwiegend auf einen guten oder schlechten Klimaschutz zurückzuführen – sondern lediglich auf eine fehlerhafte Messmethodik.

Prozentual am meisten gestiegen sind die Emissionen jedoch bei der Wärmeproduktionsanlage Regina-Kägi-Hof von Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ). Doch auch diese Schwankungen haben einen anderen Ursprung. Denn ERZ gleicht mit insgesamt vier fossil betriebenen Anlagen – wenn nötig – Schwankungen im Fernwärmenetz aus. Welche Anlage angelassen wird und welche nicht, hat technische Gründe. Tatsächlich sind die Emissionen über alle vier Anlagen, die ERZ im EHS hat, von 2013 bis 2020 von 44'000 Tonnen auf 37'000 Tonnen Klimagase gesunken. Ähnlich erklären auch die Gemeinde Lausanne und EWB (Energie Wasser Bern) den starken Anstieg bei einzelnen ihrer EHS-Anlagen.

Stockende Reduktion bei Zementwerken

Bei einigen Produktionsanlagen ist in der vergangenen Handelsperiode bei der Anzahl ausgestossener Klimagastonnen mehr oder weniger nichts passiert. Zum Beispiel beim Zementwerk in Untervaz des Baustoffriesen Holcim. Der Konzern rechnet die CO₂-Kosten für drei seiner Produktionsstätten im EHS ab. Laut unseren Berechnungen ist das Zementwerk Untervaz mit 0,9 Prozent mehr Emissionen als im Jahr 2013 am Ende der vergangenen Handelsperiode die Anlage mit der kleinsten Veränderung.

Maximales Marketing mit minimalen Reduktionen

2018 brachte Holcim die neue Zementsorte Susteno auf den Schweizer Markt. Susteno enthält aufbereitetes Mischgranulat aus rückgebauten Gebäuden. Damit konnte Holcim 2020 laut eigenen Angaben 7'000 Tonnen CO₂-Emissionen einsparen. In einer von Holcim veröffentlichten Medienmitteilung wird Susteno als der erste und einzige ressourcenschonende Zement in Europa angepriesen. Die drei Produktionsanlagen von Holcim stiessen laut dem eidgenössischen Emissionshandelsregister im selben Jahr jedoch über 1'300'000 Tonnen Klimagase aus. Auch der Zementhersteller Ciments Vigier vermarktet minimale CO₂-Reduktionen. Im Nachhaltigkeitsbericht 2021 schreibt Vigier, dass man mit dem neuen E-Dumper „Lynx“ jährlich rund 130 Tonnen CO₂ einsparen könne. 2020 emittierte der Konzern 470'000 Tonnen CO₂.

Auf Anfrage erklärte Holcim die Stagnation damit, dass 2020 in Untervaz mehr produziert worden sei als 2013. Die Emis-

sionen pro produzierter Tonne Zement seien jedoch gesunken. So erklärt auch das Zementwerk Wildegg der Jura-Cement-Fabriken die nicht vorhandene Reduktion. Tatsächlich dürfte es aber noch einen anderen Grund geben, weshalb die Reduktionen bei Beton und Zement stagnieren.

Denn während in den anderen EHS-Industrien die Klimagase vorwiegend aus der Verbrennung von Erdgas und Öl stammen, entstehen hier auch sogenannte geogene Emissionen. Neben dem Brennstoffverbrauch entweicht bei der Herstellung von Beton und Zement CO₂, das vorher fix im Stein gebunden war. Dieses geogene CO₂, das laut dem Branchenverband cemsuisse rund zwei Drittel der Emissionen verursacht, macht die Dekarbonisierung der Zementbranche besonders schwierig.

Zu wenig Tempo beim Klimaschutz

Über alle Anlagen hinweg sanken die Emissionen in der vergangenen Handelsperiode von 5,5 Millionen Tonnen auf 4,9 Millionen Tonnen – also um rund 11 Prozent. Aber: EHS-Austritte und Konkurse verfälschen diese Gesamtschau. Betrachtet man nämlich nur die EHS-Konzerne, die während der gesamten letzten Periode im System waren, dann stiegen deren Emissionen von 4,8 Millionen Tonnen im Jahr 2013 auf 4,9 Millionen Tonnen Klimagase im Jahr 2020.

Das EHS von 2013 bis 2020: Die Entwicklung der Emissionen ist nicht leicht zu bestimmen

Es ist gar nicht so einfach zu bestimmen, ob die Emissionstonnen im EHS von 2013 bis 2020 abgenommen haben oder nicht. Der Grund: Die Anzahl Firmen, die ihre Emissionen über das EHS abgerechnet haben, blieb über die vergangene Handelsperiode nicht konstant. Schaut man sich einfach die 2013 und 2020 im EHS registrierten Emissionen an, so zeigt sich eine Reduktion (a). Diese ist aber offensichtlich auch auf Konkurse und EHS-Austritte zurückzuführen. Denn schaut man sich nur diejenigen Firmen an, die während der ganzen Handelsperiode im EHS waren, ergibt sich sogar eine leichte Erhöhung der Emissionen (b). Geht man davon aus, dass die Emissionen des Lachgas-Lecks bei der Lonza AG bereits 2013 ausgestossen, jedoch nicht registriert wurden, ergibt sich wieder eine Reduktion (c).



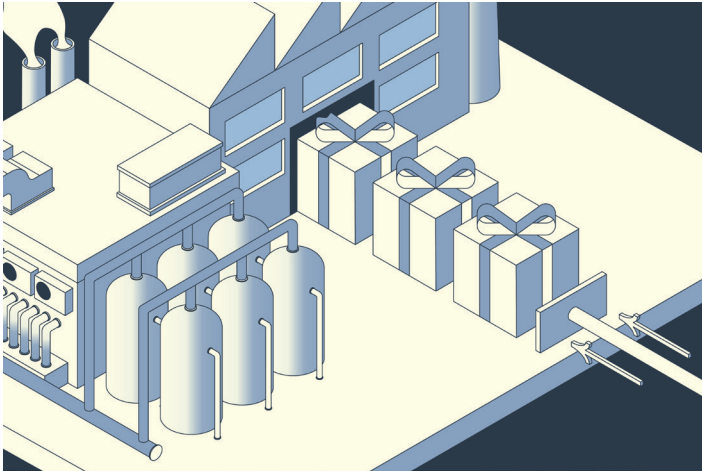
Graphik: Onlinemagazin – Das Lamm • Quelle: Emissionshandelsregister • Erstellt mit Datawrapper

Aber auch diese Zahl muss kritisch betrachtet werden, und zwar wegen des Lachgas-Lecks von 0,6 Millionen Tonnen CO₂, das man gegen Ende der Handelsperiode bei der grössten Emittentin, der Lonza AG, entdeckt hat. Geht man davon aus, dass dieses Leck schon zu Beginn der Handelsperiode, also 2013 existierte, verursachten die Firmen damals nicht einen Ausstoss von 4,8 Millionen Tonnen, sondern von 5,4 Millionen Tonnen. Das würde bis 2020 über alle EHS-Anlagen und über die gesamte letzte Handelsperiode hinweg wiederum einer Reduktion von 10 Prozent entsprechen.

Im besten Fall können die EHS-Firmen von 2013 bis 2020 rund 10 Prozent Emissionsreduktionen vorweisen. Das ist nicht nichts, aber um in nützlicher Frist auf null zu kommen, genügt dieses Tempo schlichtweg nicht.

Um das zu berechnen, muss man kein Mathegenie sein. Denn allerspätestens 2050 müssen wir mit unseren Emissionen auf null sein. Das genügt gerade mal noch für knapp vier Handelsperioden. Um mit dem aktuellen Tempo auf null zu kommen, bräuchte es aber neun Handelsperioden.

Zudem: In anderen Bereichen scheint der Klimaschutz besser vorangekommen zu sein als in der Schwerindustrie. Laut dem offiziellen Treibhausgasinventar der Schweiz sind bei den Privathaushalten die Emissionen im selben Zeitraum nämlich um 32 Prozent gesunken.



02.03.2023

Selbstsabotage beim Klimaschutz. Der Grund: Die Wettbewerbsfähigkeit (2/7)

Damit Klimaverschmutzung für die Verursacher*innen etwas kostet, führte man in der Schweiz 2008 den Zertifikatenhandel ein. Weil das für emissionsintensive Firmen ziemlich teuer werden kann, verschenkt der Staat kostenlose Zertifikate. Unsere Recherche zeigt auf, wer die meisten Gratiszertifikate erhalten hat.

In Kürze

- Um als Schweizer Wirtschaftsstandort attraktiv zu bleiben, verschenkt das Bundesamt für Umwelt (BAFU) Zertifikate an emissionsintensive Firmen – so soll die Abwanderungsgefahr dieser Konzerne reduziert werden.
- Diese Vorgehensweise scheint das eigentlich wirksame Instrument zur Reduktion des CO₂-Ausstosses zu sabotieren.
- Je nach Branche ist es unklar, ob es für die betroffenen Firmen überhaupt möglich wäre, ins Ausland abzuwandern.

Wenn Firmen ihre Klimakosten über das Emissionshandelssystem (EHS) abrechnen dürfen, sind sie von der CO₂-Abgabe befreit. Dafür müssen sie für jede Tonne CO₂, die sie in die Luft pusten, ein Zertifikat abgeben. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) treibt diese Emissionsberechtigungen ein. Doch woher bekommen die Firmen die Zertifikate? Entweder sie kaufen sie ein – oder sie kriegen sie geschenkt – abсурderweise von derselben Institution, die sie dann auch wieder einzieht: dem Bundesamt für Umwelt.

Dabei waren die geschenkten Zertifikate in der Vergangenheit eher die Norm als die Ausnahme: Von den insgesamt 39 Millionen Zertifikaten, die alle EHS-Firmen in der letzten Handelsperiode von 2013 bis 2020 abgeben mussten, verteilte das BAFU ganze 38 Millionen gratis.

Das heisst jedoch nicht, dass insgesamt nur eine Million

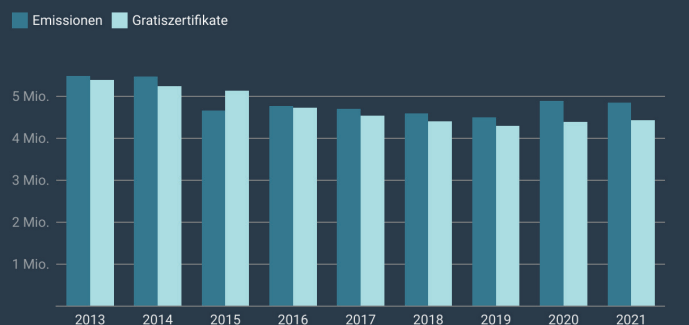
Emissionszertifikate gekauft wurde. Denn das BAFU verteilte die Zertifikate nicht gleichmässig. Es gibt Firmen, die mehr Emissionsrechte gratis erhalten haben, als sie abgeben mussten. Diese haben nun Zertifikate auf Vorrat. Andere Firmen mussten jedoch einen erheblichen Teil ihrer Emissionsrechte käuflich erwerben. Die Recherchen von *das Lamm* zeigen: Die Bilanz sieht von Firma zu Firma unterschiedlich aus.

Denn das Bafu verteilte die Zertifikate nicht gleichmässig. Es gibt Firmen, die mehr Emissionsrechte gratis erhalten haben, als sie abgeben mussten.

Was man aber mit Gewissheit sagen kann, ist, dass die Teilnahme am Emissionshandelssystem für alle Firmen günstiger war, als dies die CO₂-Abgabe auf dieselbe Menge ausgestossener Schadstoffe gewesen wäre. Und der Hauptgrund dafür sind die Gratiszertifikate.

Das EHS nach 2020: So entwickelten sich die Emissionen und Gratiszertifikate weiter

Bei der Entwicklung der Emissionen sind zwei markante Sprünge zu beobachten. Die Reduktion im Jahr 2015 ist grösstenteils auf die Schliessung der Tamoilraffinerie zurückzuführen. 2020 stiegen die im EHS dokumentierten Klimagasemissionen, aufgrund des bei der Lonza AG entdeckten Lachgas-Lecks. Aus demselben Grund erhöhte sich auch die Anzahl Gratiszertifikate 2020 wieder leicht. 2021 startete die neue Handelsperiode. Emissionen und Gratiszertifikate blieben jedoch etwa gleich hoch. Für das Jahr 2022 sind die Emissionszahlen noch nicht vollständig bekannt.



Eine Einheit entspricht jeweils einer Tonne CO₂-Äquivalent

Gratik: Onlinemagazin – Das Lamm • Quelle: Emissionshandelsregister • Erstellt mit Datawrapper

Von den 56 Industrieanlagen, die von 2013 bis 2020 im Emissionshandelssystem eingebunden waren, erhielten 23 Anlagen mehr Emissionsrechte geschenkt, als sie abgeben mussten. Sie beendeten die zweite Handelsperiode dementsprechend mit einem Überschuss an Zertifikaten. Wir haben bei einigen dieser Firmen nachgefragt und wollten wissen, was sie mit den überschüssigen Zertifikaten vorhaben.

Auf viel Auskunftswillen stiessen wir mit unserer Frage leider nicht. Vom Betonriesen Holcim, der die zweite Handelsperiode mit einem Überschuss von 1.9 Millionen Zertifikaten beendete, erhielten wir gar keine Antwort. Auch vom Aluminiumhersteller Constellium Valais, der die zweite Handelsperiode mit einem Überschuss von 50'000 Zertifikaten abschloss, kam trotz mehrfacher Nachfrage keine Rückmeldung.

Andere Firmen antworteten ausweichend. Die Dottikon Exclusive Synthesis liess uns wissen, dass sämtliche bereits pu-

blizierte Daten in ihren Geschäftsberichten zu finden sind (siehe Infobox). Auch vom Pharmaunternehmen Hoffmann-La Roche erhielten wir keine wirkliche Antwort auf die Frage, was es mit den Zertifikaten machen will. Das Pharmaunternehmen schrieb lediglich: „Das Ziel von Roche ist, die Umweltbelastung durch Massnahmen effektiv zu reduzieren und den Energiebedarf drastisch zu senken“. Die gesetzlichen Vorgaben seien sogar übertroffen worden, weshalb weniger Emissionsrechte als zugeteilt entwertet werden mussten, so der Pharmariese weiter. Nur: Im EHS gibt es gar keine gesetzlich festgeschriebenen Reduktionsvorgaben. Auf was sich das Unternehmen also bezieht, bleibt dahingestellt.

Ausweichmanöver Geschäftsbericht

Immer wieder erstaunte uns das Desinteresse, mit dem unsere Anfragen zum EHS von den betroffenen Firmen nicht oder nicht richtig beantwortet wurden. Zum Beispiel wollten wir von der Pharmaproduzentin Dottikon Exclusive Synthesis wissen, was man mit den überschüssigen Zertifikaten aus der Handelsperiode von 2013 bis 2020 zu machen gedenke. Wird man sie zur Seite legen? Will man sie verkaufen? Wir warteten. Dann die Antwort: „Vielen Dank für Ihre Anfrage. Sämtliche bereits publizierten Informationen finden Sie in unseren Geschäftsberichten, darüber hinaus können wir Ihnen leider keine weitere Auskunft geben.“ Nachdem wir in den genannten Geschäftsberichten immer noch keine Antwort auf unsere Frage gefunden hatten, wandten wir uns erneut an die Pharmaproduzentin – erneut mit wenig Erfolg. „Die DOTTIKON EXCLUSIVE SYNTHESIS AG hat zu diesem Thema keine weiterführenden Informationen publiziert. Grundsätzlich finden Sie sämtliche bereits publizierten Informationen in unseren Geschäftsberichten, darüber hinaus resp. zu weiteren Themen können wir Ihnen leider keine weitere Auskunft geben“, bekamen wir als Antwort. Transparenz geht anders.

Einige Antworten fielen dagegen deutlicher aus. Zum Beispiel die des Schlachtabfallverwerters GZM Extraktionswerk: „Im Zeitraum wo wir im EHS waren, haben wir unsere zugeteilten Zertifikate nicht vollends ausgeschöpft und ja, es ist korrekt, dass wir aus dieser Zeit noch überschüssige Zertifikate vorliegen haben. Die ungenutzten Zertifikate wurden nicht verkauft.“

Auch von der Kalkfabrik Netstal erreichte uns die Antwort, dass überschüssige Zertifikate nicht verkauft, sondern zurückgelegt worden seien – für den Fall, dass die Fabrik eine Zeit lang mehr produziere als vorgesehen. Die Verpackungsherstellerin Model AG will die überschüssigen Zertifikate mehrheitlich in der jetzt laufenden dritten Handelsperiode einsetzen.

Dass man überschüssige Zertifikate verkauft hat, teilte uns lediglich eine Firma mit: Die Perlen Papierfabrik: „Da Perlen Papier aufgrund von gezielten Nachhaltigkeitsmassnahmen rund 75 Prozent weniger CO₂ ausstösst als der Durchschnitt der europäischen Papierindustrie, verfügten wir in der Vergangenheit über einen Überschuss von zugeteilten CO₂-Zertifikaten, welche verkauft werden können. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2021 330'000 CO₂-Zertifikate ver-

kauft“, schreibt Perlen auf Anfrage. Das brachte der Papierfabrik 18.1 Millionen Franken ein.

Spezialdeal Emissionshandelssystem: Die Regeln → auf Seite 6

Wenn Firmen wie Perlen Papier ihre Emissionen tatsächlich stark reduziert haben, mag es einer gewissen Logik folgen, dass sie einen finanziellen Vorteil aus dem EHS ziehen. Aber wenn Firmen ihre Emissionen nicht wirklich gesenkt haben, ist diese Bevorteilung irritierend.

Ein Beispiel: Die Kalkfabrik Netstal reduzierte ihre Emissionen in der vergangenen Handelsperiode lediglich um 6 Prozent von 64'000 auf 61'000 Tonnen. Trotzdem hat die Kalkfabrik über die ganze Handelsperiode rund 144'000 Zertifikate mehr gratis zugeteilt bekommen, als sie tatsächlich bräuchte. Würde die Kalkfabrik diese ungebrauchten Zertifikate zum aktuellen Marktpreis (Stand 25. Januar 2023) verkaufen, würden dabei laut Berechnungen von *das Lamm* schätzungsweise 11.5 Millionen Franken Gewinn herauspringen.

Aber zurück zur EHS-Musterschülerin Perlen: Auch wenn die Papierfabrik ihren Brennstoffverbrauch massiv reduzieren konnte, muss man zwei Dinge im Hinterkopf behalten. Erstens: Ein beachtlicher Teil der Emissionen wurde bei Perlen wohl eher verschoben als reduziert (siehe hier). Zweitens: Im System der CO₂-Abgabe wären ganz andere Klimakosten auf Perlen zugekommen. Denn dort hätte die Papierfabrik trotz massiver Reduktionen die Klimarechnung nicht mit einem Plus, sondern mit einem Minus abgeschlossen.

Mit Gratiszertifikate gegen Carbon Leakage

Kurzum: Verschenkt wurde viel. Dieser Meinung ist auch die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK). Sie untersuchte 2017 die Lenkungswirkung des EHS und kommt in ihrem Abschlussbericht zu folgendem Schluss: „Selbst wenn ab 2017 keine zusätzlichen Emissionsrechte mehr versteigert würden, reicht die bereits verteilte Menge aus, um den Bedarf [...] bis 2020 zu decken.“

In der Schweiz kommt das EHS an den Anschlag

Es gibt zwei Wege, wie die EHS-Firmen zu ihren Emissionsberechtigungen kommen: Entweder sie ersteigern die Zertifikate oder sie kriegen sie vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) geschenkt. Jedes Jahr berechnet das BAFU, welche EHS-Firmen gemäss den geltenden Regeln jeweils wie viele Gratiszertifikate erhalten sollen. Nur: Zählt man diese Gratiszertifikate zusammen, gibt es ein Problem, denn die Gesamtmenge an Gratiszuteilungen war von 2013 bis 2020 jedes Jahr höher als die Mengen an Zertifikaten, die maximal vom Staat an die Firmen herausgegeben werden durften. Damit der Staat nicht alles verschenken muss und doch noch ein paar Zertifikate für die Versteigerung übrig blieben, mussten die Gratiszuteilungen deshalb jedes Jahr mit einem sogenannten sektorübergreifenden Korrektur-

faktor nach unten angepasst werden. Das EHS kommt in der Schweiz offensichtlich an die Grenzen seiner Funktionalität.

Bleibt die Frage, wieso die Firmen trotzdem so reich beschenkt wurden. Die Antwort: Der Schutz der inländischen Industrie. Mit den Gratiszertifikaten will der Bund verhindern, dass sich die für die Klimagasemissionen verantwortliche Produktion aufgrund hoher CO₂-Kosten in ein anderes Land verlagert.

Es gibt zwei Gründe, weshalb das passieren könnte. Erstens: Das Unternehmen verlagert die Produktion ins Ausland, um die CO₂-Kosten in der Schweiz zu umgehen. Zweitens: Weil das in der Schweiz hergestellte Produkt aufgrund der CO₂-Kosten teurer wird, verlagert sich die Nachfrage in Länder, wo das Produkt ohne oder mit einem tieferen CO₂-Preis hergestellt werden kann. Beide Effekte zusammen bezeichnet man als „Carbon Leakage“.

Um Carbon Leakage zu verhindern, erhalten emissionsintensive Firmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, einen noch vorteilhafteren Deal, als sie ihn mit der Teilnahme am EHS bereits schon haben.

Um Carbon Leakage zu verhindern, erhalten emissionsintensive Firmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, einen noch vorteilhafteren Deal, als sie ihn mit der Teilnahme am EHS bereits schon haben. Denn die Firmen, die Carbon-Leakage-gefährdet sind, bekommen gegenüber solchen ohne Gefährdungstatus ein Vielfaches an Gratiszertifikaten zuteilt.

Einerseits will man damit den Abzug von Arbeitgeber*innen und Steuerzahler*innen verhindern. Andererseits soll sichergestellt werden, dass sich die Klimagasemissionen nicht in Länder verschieben, in denen eventuell noch laschere Klimaschutzregeln gelten. Doch: Diese Grosszügigkeit im Umgang mit Gratiszertifikaten schmälerte die Wirksamkeit des EHS erheblich.

Von den 56 Schweizer Anlagen, die 2020 im EHS waren, hatten laut einer auf das Öffentlichkeitsgesetz gestützten Anfrage von *das Lamm* beim Bundesamt für Umwelt 39 Anlagen ganz oder teilweise den Carbon-Leakage-Status, also 76 Prozent.

Obwohl EHS-Firmen auch im europäischen Handelssystem Gratiszertifikate erhalten, ist der Anteil von Firmen mit Carbon-Leakage-Status nicht in allen Ländern so hoch wie in der Schweiz. Auf Anfrage teilt uns das deutsche Umweltbundesamt mit, dass bei unseren nördlichen Nachbarn 2021 lediglich 57 Prozent der EHS-Firmen aufgrund von Carbon-Leakage zusätzliche kostenlose Zuteilungen erhalten haben. In Deutschland fallen also deutlich weniger Firmen in die Kategorie Carbon-Leakage-gefährdet als in der Schweiz.

Bei den Schweizer Industrieanlagen ohne Carbon-Leakage-Status handelt es sich mehrheitlich um solche, die der öffentlichen Hand gehören. Die Recherchen von *das Lamm* zeigen: So gut wie alle privatwirtschaftlichen Anlagen im Schweizer EHS profitieren von einer extra grosszügigen Zuteilung an Gratiszertifikaten.

Das EHS von 2013 bis 2020: Diese Firmen erhielten extra viele Gratiszertifikate

Von den 56 Schweizer Anlagen, die 2020 im EHS waren, hatten 39 Anlagen ganz oder teilweise den sogenannten Carbon-Leakage-Status inne und erhielten dadurch nochmals zusätzliche Gratiszertifikate. Welche Firmen genau von den zusätzlichen Gratiszertifikaten profitierten, wollte uns das zuständige Bundesamt für Umwelt zunächst nicht mitteilen. Erst mit einer Anfrage über das Öffentlichkeitsgesetz konnte *das Lamm* die Zuteilung einsehen.

Anlage Standort	CL/nonCL	Beschreibung
BASF Kaisten	CL	Herstellung von Kunststoffen und chemischen Stoffen
Ciments Vigier Pery	CL	Herstellung von Zement
CIMO Monthey	CL	Dienstleistungsunternehmen, das die multinationalen Unternehmen Syngenta, Hunstman, Sun Chemical und BASF am Standort Monthey bei der Herstellung von chemischen Produkten in den Bereichen technische Wartung, Sicherheit, Umwelt, Energieerzeugung und Abfallbehandlung unterstützt.
Gemeinde Lausanne Heizwerk Pierre-de-Plan	nonCL	Versorgung der Gemeinde Lausanne mit Wärme, Aufbereitung von Abwasser
Gemeinde Lausanne Heizwerk Bossons	nonCL	Versorgung der Gemeinde Lausanne mit Wärme, Aufbereitung von Abwasser

Weitere 51 Zeilen werden nicht angezeigt.

CL = Carbon-Leakage-gefährdet
nonCL = nicht Carbon-Leakage-gefährdet

Tabelle: Onlinemagazin – *Das Lamm* • Quelle: Anfragen via Öffentlichkeitsgesetz beim Bafu • Erstellt mit Datawrapper

Würden die Konzerne tatsächlich abwandern?

Einige dieser Unternehmen haben wir auf ihren Carbon-Leakage-Status angesprochen. Wir wollten wissen, ob sie ihre Produktion tatsächlich ins Ausland verschieben könnten, falls sie in der Schweiz mehr für ihre Klimagasemissionen bezahlen müssten.

Roche lässt uns wissen, dass sie bestrebt sind, in „Ländern mit hohen Standards zu produzieren.“ Die Perlen Papierfabrik schreibt, dass sie seit 1873 an diesem Standort, also in Perlen, produziert und die Zuteilung von CO₂-Zertifikaten keinen Einfluss auf die strategische Ausrichtung hat. „Eine Verlagerung ins Ausland ist kein Thema. Die Papierproduktion ist standortabhängig und kann nicht einfach verlagert werden.“ Auch beim Betonriesen Holcim winkt man ab: „Zement ist ein lokales Geschäft – unsere Produktion ist dort, wo die Rohstoffe sind.“

Einzig vom Chemiekonzern Lonza in Visp klingt es ein wenig anders. Im Nachhaltigkeitsbericht 2021 des Unternehmens ist zu lesen, dass die Kohlenstoffpreise noch kein entscheidender Faktor sind bei der Entscheidung, wo die Aktivitäten angesiedelt werden. Man erwarte aber einen Anstieg der Kosten und berücksichtige diesen auch im jährlichen Risikomanagement.

Greenwashing im Nachhaltigkeitsbericht

Anstatt unsere Fragen zu beantworten, verwies uns der Chemiekonzern Lonza nach längerer Wartezeit auf den firmeneigenen Nachhaltigkeitsbericht 2021. Die Seite 60 würde alle unsere Fragen beantworten. Doch anstelle von Antworten fanden wir dort vor allem Greenwashing. Obwohl keine andere Anlage so viele Klimagase ausstösst wie das Lonza-Werk in Visp, schreibt der Konzern in seinem Nachhaltigkeitsbericht „We do not consider our business to be carbon intensive“. (Auf Deutsch: „Wir betrachten unser Geschäft nicht als CO₂-intensiv“).

Wie hoch ist das Risiko von Carbon Leakage?

Trotzdem sind sich die Expert*innen einig: Das Risiko von Carbon Leakage gibt es tatsächlich. Strittiger ist hingegen die Frage, wie viel CO₂ tatsächlich abwandern könnte und wie hoch die Gegenmassnahmen sein müssen, um dies zu verhindern.

Sonja Peterson ist Klimaökonomin und Expertin für weltweite Instrumente am Kiel Institut für Weltwirtschaft. Wir erreichen sie per Zoom-Call. „Ja, es ist wissenschaftlicher Konsens, dass es Carbon Leakage geben kann. Aktuelle Simulationen zeigen, dass es ohne Präventionsmassnahmen, wie zum Beispiel der Zuteilung von Gratiszertifikaten, typischer Weise zu einem Abfluss von 10 bis 15 Prozent der Emissionen kommt.“ Aber: „Die Höhe des Carbon Leakage ist schwer zu bestimmen, weil das von vielen Faktoren abhängt, die gar nicht alle simuliert werden können.“

Für empirische Studien fehlt hingegen ein Vergleichszenario. Um tatsächlich herauszufinden, ob das EHS ohne Gratiszuteilungen zur Abwanderung von Konzernen oder Emissionen geführt hätte, müsste man die heutige Situation mit einem EHS ohne Gratiszertifikate vergleichen können – was unmöglich ist.

Tatsächlich messbar ist Carbon Leakage aus dem Europäischen EHS nicht. Der Schutz der Wettbewerbsfähigkeit mithilfe von Gratiszuteilungen hat also offensichtlich gewirkt. Ob man diesen Effekt auch mit halb so vielen Gratiszuteilungen erreicht hätte, ist jedoch unklar.

Das sieht auch Johanna Bocklet so: „Mit den Gratiszuteilungen konnte Carbon Leakage vermutlich verhindert werden“, sagt Bocklet via Zoom. „Unklar ist, ob man teilweise zu grosszügig war mit den Gratiszuteilungen.“ Bocklet ist Energieökonomin und schrieb 2021 ihre Doktorarbeit über das EHS. Darin kommt sie zum Schluss, dass die Gratiszuteilungen möglicherweise weiter reduziert werden könnten, ohne das Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen zu erhöhen.

Laut Bocklet bräuchte es vor allem bei der Eisen- und Stahlproduktion, der Zement- und Kalkherstellung sowie der Zellstoff- und Papierindustrie weitere wissenschaftliche Analysen. Alles Sektoren, die in der Schweizer gut vertreten sind.

Besonderes Augenmerk sollte man bei der Einschätzung des Carbon-Leakage Risikos gemäss Bocklet darauf legen, wie mobil ein Industriesektor ist. Sprich: Wie einfach sich die Produkte transportieren oder die Produktionsstandorte verschieben lassen. Denn für die Verteilung des Carbon-Leakage-Status an die verschiedenen Industriesektoren sind momentan zwei Faktoren ausschlaggebend. Einerseits die Handelsintensität, das heisst, wie stark ein Sektor dem internationalen Handel ausgesetzt ist. Andererseits die Emissionsintensität, also wie hoch die Emissionen sind.

Dies führt dazu, dass es Sektoren mit einer mässigen bis geringen Handelsintensität auf die Liste der Carbon-Leakagegefährdeten Sektoren schaffen – einfach weil sie sehr viel Treibhausgase austossen. Und dies, obwohl der Sektor gar nicht so mobil ist und die Gefahr von Carbon-Leakage dementsprechend gar nicht so gross.

Bocklet macht ein Beispiel: „Zement hat vergleichsweise hohe Transportkosten. Es ist teuer, das Endprodukt von weit her an den Verbrauchsort zu transportieren. Trotzdem bekommen die Zementkonzerne Gratiszuteilungen.“ Der Baustoffriese Holcim hat in der vergangenen Handelsperiode 1.9 Millionen Gratiszertifikate erhalten – mehr als jeder andere Schweizer EHS-Konzern.

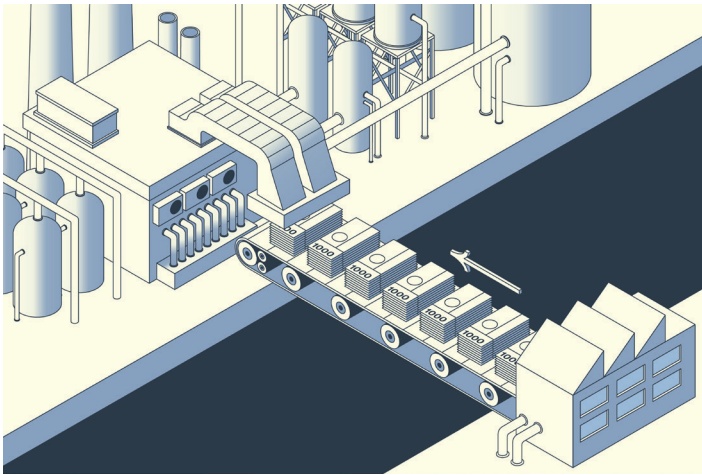
Der Grund: Die Produktion von Beton und Zement verursacht sehr viele Treibhausgase. „Aber“, so Bocklet weiter, „wegen der hohen Transportkosten könnte man durchaus darüber diskutieren, ob der Business-Case der Zementkonzerne mit einer Produktion ausserhalb der EU überhaupt funktionieren würde.“ Sprich: Ob sie überhaupt auswandern könnten – hohe Klimakosten hin oder her.

Steigende Zertifikatspreise bedeuten nicht zwingend Verschärfungen

Die grosszügig ausgeteilten Gratiszertifikate haben noch einen ganz anderen Effekt: So ist die Schlussfolgerung, dass bei zunehmendem Zertifikatspreis das EHS automatisch für alle EHS-Firmen verschärft wird, zu ungenau.

Einerseits, weil viele Konzerne nur einen Bruchteil der Emissionsrechte tatsächlich kaufen müssen und andererseits, weil einige Konzerne ungenutzte Zertifikate ansparen konnten und somit von steigenden Zertifikatspreisen profitieren, anstatt darunter zu leiden. Denn auch der Wert der Zertifikate in der Reserve steigt.

Die Katze beisst sich also in den eigenen Schwanz: Die Politik konzipierte ein System, das für CO₂ einen Preis einführen sollte, um emissionsintensive Konzerne dazu zu bewegen, das Klima weniger zu belasten. Doch weil das Instrument tatsächlich funktionieren würde, schenkt die Politik den Firmen mit den höchsten Emissionen Gratiszertifikate, um die Kosten für eben diese Unternehmen tief zu halten.



09.03.2023

Klimaumverteilung: Von den KMUs zu den Grosskonzernen (3/7)

Nur ein paar wenige Firmen dürfen ihre CO₂-Emissionen im Emissionshandelssystem abrechnen. Damit ist es für sie nicht nur günstiger, Emissionen zu verursachen. Sie profitieren auch ganz direkt von den CO₂-Abgaben der KMU.

In Kürze

- Das Schweizer Emissionshandelssystem (EHS) hat noch weitere Defizite. Weil die Firmen, die über das EHS abrechnen, von der CO₂-Lenkungsabgabe befreit sind, profitieren sie von deren Rückverteilung, ohne selbst etwas dazu beizutragen.
- Obwohl dieses Vorgehen in einer Untersuchung durch die eidgenössische Finanzkontrolle kritisiert wurde, hält das Parlament an der Bevorteilung fest.
- Auch hier wird einmal mehr klar: In der aktuellen Ausgestaltung schafft das EHS praktisch keinen Anreiz, um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren.

Es geht um 15,7 Millionen Franken. 15,7 Millionen, die auf die Konti der klimaschädlichsten Konzerne der Schweiz flossen. Bezahlt durch die CO₂-Lenkungsabgaben aller abgabepflichtigen Unternehmen des Landes. 2017 wurden diese 15,7 Millionen in einem Evaluationsbericht als „de facto Subventionen“ bezeichnet. Der Bericht endet mit einer klaren Empfehlung: Der millionenstarke Geldsegen für die emissionsintensivsten Konzerne der Schweiz ist ungerechtfertigt und gehört abgeschafft.

Die Empfehlung kommt nicht etwa von einer links-grünen Umweltorganisation, sondern von der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK). „Wir sind lediglich Verfassung und Gesetzen verpflichtet und haben keine politische Färbung. Wir prüfen nach dem, was der Gesetzgeber wollte“, betont Mathias Rickli von der EFK.

Rickli leitete 2017 unter der Aufsicht von Emmanuel Sangra die behördliche Analyse des Schweizer Emissionshandelssystem (EHS). Auch Sangra arbeitet bei der EFK und ist Lei-

ter des Fachbereichs „Evaluation“. Wir treffen die beiden in einem digitalen Meeting. „Die EFK empfahl dem Bundesamt für Umwelt bereits 2017, diese Bevorteilung der abgabebefreiten EHS-Firmen mit einer Gesetzesänderung aus der Welt zu schaffen“, sagt Sangra.

Umgesetzt wurde die Empfehlung der höchsten Schweizer Prüfbeam*innen jedoch bis heute nicht.

Wir alle zahlen die Abgabe auf CO₂-Emissionen aus Brennstoffen wie Erdöl oder Erdgas. Zum Beispiel dann, wenn wir zu Hause mit Erdöl heizen oder wenn Firmen Erdgas in der Produktion einsetzen.

Doch wie kann es überhaupt sein, dass in der Schweiz Geld von kleineren und mittleren Firmen an jene Konzerne fliesst, die mit Abstand die höchsten Treibhausgasemissionen verursachen? Dazu muss man erst verstehen, wie die CO₂-Lenkungsabgabe überhaupt funktioniert.

Wir alle zahlen die Abgabe auf CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen wie Erdöl oder Erdgas. Zum Beispiel dann, wenn wir zu Hause mit Erdöl heizen oder wenn Firmen Erdgas in der Produktion einsetzen. Die CO₂-Abgabe ist im Laufe der letzten Jahre stetig angestiegen. Im Moment liegt sie bei 120 Franken pro Tonne Klimagase. Bezahlen müssen diese Abgaben zwar alle Privatpersonen, aber nicht alle Firmen. Von der CO₂-Abgabe befreit sind unter anderem jene, die ihre Klimakosten unter dem EHS abrechnen dürfen.

Spezialdeal Emissionshandelssystem: Die Regeln

→ auf Seite 6

Die CO₂-Abgabe ist keine Steuer, sondern eine Lenkungsabgabe. Das heisst, das Geld landet nicht beim Staat, sondern wird über zwei separate Rückverteilungstöpfe an Bevölkerung und Wirtschaft zurückgegeben – zumindest zwei Drittel davon. Die Idee dahinter: Wer weniger Klimagase verursacht, zahlt weniger CO₂-Abgabe, bekommt aber nach demselben Massstab Abgaben zurückverteilt wie alle anderen – macht unter dem Strich also einen Gewinn. Kurzum: Wer umweltfreundlich agiert, wird belohnt.

Dies gilt jedoch nicht für die EHS-Firmen. Dort endet die CO₂-Lenkungsabgabe immer in einem Plus – Klimafreundlichkeit hin oder her. Denn die beteiligten Firmen kriegen Geld aus dem CO₂-Abgabepotf zurück, ohne dass sie je etwas einzahlen müssen.

Anstatt dass das Geld von klimafeindlich zu klimafreundlich umverteilt wird, fliesst es von klimafeindlich zu ultra-klimafeindlich.

Bei den EHS-Firmen entwickelt die CO₂-Abgabe also genau den gegenteiligen Effekt als angedacht: Anstatt dass das Geld

von klimafeindlich zu klimafreundlich umverteilt wird, fliesst es von klimafeindlich zu ultra-klimafeindlich. Dass diese Art von Umverteilung dem Klimaschutz nicht förderlich ist und, wie von der EFK empfohlen, abgeschafft werden sollte, liegt auf der Hand.

bezahltes Geld erhalten, wirkt diese Intransparenz noch dreister.

Das EHS – ein Klimaschutzinstrument unter vielen
→ auf Seite 7

Einige Firmen spenden das Geld. Die EHS-Firmen nicht

Die Rückverteilung der CO₂-Lenkungsabgabe geschieht proportional zur AHV-Lohnsumme. Das führt dazu, dass Firmen mit vielen Angestellten von der Lenkungsabgabe viel zurückerhalten. Einige Firmen haben sich dazu entschieden, das CO₂-Geld zu spenden. Und zwar für Klimaschutzmassnahmen bei der Klimastiftung Schweiz. Eine Firma, die beim EHS mitmacht, sucht man hier aber vergebens.

Wahrscheinlich noch mehr Millionen

„Das Bundesamt für Umwelt hat unsere Empfehlung damals eigentlich gut aufgenommen“, sagt Rickli im Gespräch mit *das Lamm*. Aber im Laufe des Gesetzgebungsprozesses ist der Vorschlag der EFK vom Parlament wieder gekippt worden. Und das, obwohl die Einschätzung der Expert*innen möglicherweise sogar ein Understatement war.

Immerhin ein kleiner Trost im Sinne der Gerechtigkeit bleibt: „Die EHS-Firmen kriegen im Vergleich zu anderen Konzernen eher wenig Rückverteilung.“ Und zwar, weil sie trotz hoher Emissionen und Umsätzen nicht so viele Angestellte haben, erklärt Experte Sangra. Da die Rückverteilung proportional zur AHV-Lohnsumme erfolgt, fallen die Beträge kleiner aus als bei arbeitsintensiven Unternehmen.

Denn die 15.7 Millionen, die von 2013 bis 2020 zu den klimaschädlichsten Firmen flossen, berechneten Sangra und Rickli mit einer CO₂-Abgabe von 84 Franken pro Tonne Treibhausgas. 2018 stieg die Abgabe jedoch auf 96 Franken. „Mit der Erhöhung der CO₂-Abgabe steigt ja auch der Betrag, den die Firmen zurückerhalten“, erklärt Rickli. In Tat und Wahrheit könnte es also noch eine grössere Summe gewesen sein, die ohne Gegenleistung an die grössten Klimasünder*innen flossen.

Dass dies stimmt, zeigt ein einfacher Vergleich: Auch die Stadt Zürich bezahlt auf den Verbrauch von Erdöl und Erdgas die CO₂-Abgabe und erhält bei der Rückverteilung Geld zurück. In der Zeit von 2013 bis 2020 erhielt die Stadt laut Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) auf diesem Weg rund 14.5 Millionen Franken. Also fast gleich viel wie alle EHS-Konzerne zusammen. Denn die Stadt beschäftigt rund 30'000 Mitarbeitende. Und je höher die totale Lohnsumme ist, desto höher fällt die Rückverteilung aus dem Topf der CO₂-Abgabe aus.

Das EHS von 2013 bis 2020: Diese Industrieanlagen rechneten ihre Klimagase im EHS ab

In der vergangenen Handelsperiode nahmen rund 40 Firmen mit etwa 50 verschiedenen Industrieanlagen am EHS teil. Diese rund 40 Firmen machen nicht einmal 0.01 Prozent aller Schweizer Firmen aus. Sie verursachten aber gut 10 Prozent aller inländischen Emissionen.

Anlage <small>Standort</small>	Beschreibung
BASF <small>Kaisten</small>	Herstellung von Kunststoffen und chemischen Stoffen
Ciments Vigier <small>Péry</small>	Herstellung von Zement
CIMO <small>Monthey</small>	Dienstleistungsunternehmen, das die multinationalen Unternehmen Syngenta, Hunstman, Sun Chemical und BASF am Standort Monthey bei der Herstellung von chemischen Produkten in den Bereichen technische Wartung, Sicherheit, Umwelt, Energieerzeugung und Abfallbehandlung unterstützt.
Gemeinde Lausanne <small>Heizwerk Pierre-de-Plan</small>	Versorgung der Gemeinde Lausanne mit Wärme, Aufbereitung von Abwasser
Gemeinde Lausanne <small>Heizwerk Bossons</small>	Versorgung der Gemeinde Lausanne mit Wärme, Aufbereitung von Abwasser

Weitere 51 Zeilen werden nicht angezeigt.

Tabelle: Onlinemagazin – Das Lamm • Quelle: Anfragen via Öffentlichkeitsgesetz beim Bafu • Erstellt mit Datawrapper

Trotzdem hat die Rückverteilung an die EHS-Konzerne dazu beigetragen, dass von 2013 bis 2020 der Druck, CO₂-Emissionen zu reduzieren, kleiner wurde, sagt Rickli. „Das ist und bleibt unschön“, bestätigt auch Sangra. Laut ihrem Bericht von 2017 hat das so rückverteilte Geld bei einigen Firmen die Kosten für den Kauf von Emissionsrechten bis 2020 zu hundert Prozent gedeckt.

Wie viel es tatsächlich war, darüber schweigen sich diejenigen, die davon profitieren, aus. Der Pharmakonzern Roche schreibt uns auf Anfrage lediglich: „Beträge kommunizieren wir grundsätzlich nicht.“ Und die Verpackungsproduzentin Model AG: „Dazu machen wir keine Angaben.“ Auch vom Baustoffriesen Holcim erhalten wir nur die Antwort, dass man zur Rückverteilung der CO₂-Abgabe nichts sagen will.

Schwache Erklärungen aus dem Parlament

Weshalb bevorteilt die Politik die grössten Klimazerstörer*innen? In einem älteren Beitrag begründet FDP-Nationalrat Matthias Jauslin gegenüber *das Lamm* die Ungleichbehandlung damit, dass die EHS-Firmen viele Arbeitsplätze bieten. Ein offenkundig schwaches Argument.

Viele andere angefragte EHS-Konzerne bleiben uns eine Antwort ganz schuldig. Wenn man bedenkt, dass es sich dabei um Firmen handelt, die ohne Gegenleistung von KMUs ein-

Auch Mitte-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt hat bei den letzten Verhandlungen rund um das CO₂-Gesetz der Rückverteilung zugestimmt. Im selben Beitrag begründet er dies so: „Das EHS hat mit der CO₂-Abgabe nicht viel zu tun. Gewisse Firmen werden aber dazu gezwungen, am EHS teilzunehmen.“ Entsprechend steht ihnen die Rückverteilung der CO₂-Abgabe genauso zu wie allen anderen Firmen, so Müller-Altermatt. Nur: Laut Art. 41 der CO₂-Verordnung können alle Betreiber*innen von EHS-Anlagen, die weniger als 25'000 Tonnen CO₂ pro Jahr emittieren, den EHS mit einem

sogenannten „opt-out“ verlassen. 2021 hatten von den 95 Schweizer EHS-Firmen 68 weniger als 25'000 Tonnen CO₂ ausgestossen und hätten dementsprechend theoretisch aus dem EHS austreten können. Das taten sie aber nicht.

Die Model AG schreibt uns beispielsweise, dass sie die Möglichkeit für einen „opt-out“ hätte. „In dem Sinne haben wir freiwillig am EHS teilgenommen“, so die Kartonverpackungsproduzentin.

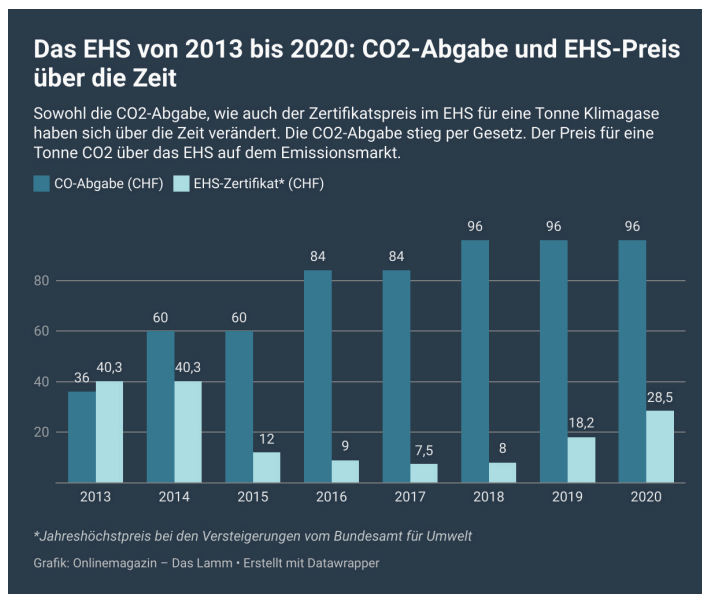
Die Konzerne verlassen das EHS also keineswegs fluchtartig, wenn sich ihnen dafür die Möglichkeit bietet. Wieso auch? Wenn Anlagen oder Firmen die CO₂-Kosten unter dem EHS abrechnen, wird ihnen damit nicht etwas aufgebremst. Im Gegenteil: Das EHS ist eine finanzielle Erleichterung. Und zwar aus zwei Gründen.

Erstens hat das EHS, anders als von Müller-Altermatt dargestellt, durchaus etwas mit der CO₂-Abgabe zu tun. Denn wer seine Klimakosten nicht unter dem EHS abrechnen kann, untersteht automatisch der CO₂-Abgabe. Und diese ist teurer als die Preise, die im EHS zu berappen sind. Momentan zahlen Unternehmen über die CO₂-Abgabe 120 Franken pro Tonne Klimagase. Der CO₂-Preis im EHS variiert zwar, hat aber den Preis der CO₂-Abgabe in den letzten Jahren nie überschritten. Ende Januar 2023 lag der Preis im EHS bei rund 80.- Franken pro Tonne CO₂.

Zu viel Luft im System

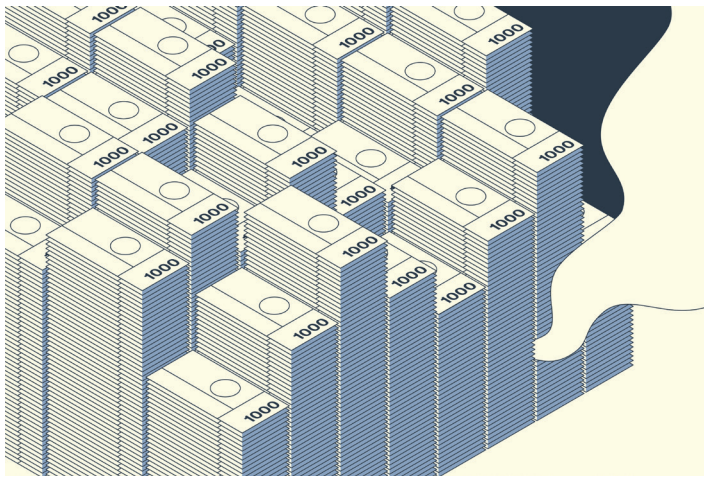
Bleibt die Frage, ob die zwei Experten der EFK trotz allem noch hinter dem Klimaschutzinstrument EHS stehen. Beide bejahen. Aber: „Es kommt eben auf die Ausgestaltung des Systems an“, sagt Sangra. „In der vergangenen Handelsperiode hatte es einfach zu viel Luft im System“, ergänzt Rickli. Sprich: In der aktuellen Ausgestaltung schafft das Ganze praktisch keinen Anreiz, um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Genauso schreiben es die beiden auch in ihrem Bericht.

Einen Punkt betonen die zwei Experten zum Schluss unseres Gesprächs besonders: Man muss die 15,7 Millionen Franken auch ins Verhältnis setzen zu anderen Vorzügen, die für EHS-Firmen gelten. Verglichen mit den Beträgen, die die Firmen durch den Wegfall der CO₂-Abgabe sparen, fielen die 15,7 Millionen nicht so stark ins Gewicht. Oder anders: Den Firmen mit den höchsten Klimagasemissionen wurden auch noch ganz andere Beträge geschenkt. Die 15,7 Millionen sind nur das Sahnehäubchen oben drauf.



Zweitens erhalten Firmen je nach Tätigkeitsbereich im EHS zusätzliche staatliche Unterstützung in Form von Gratiszertifikaten (Artikel 2). Erkennbare Nachteile entstehen den Firmen durch die Teilnahme am EHS keine.

In der aktuellen Ausgestaltung schafft das Ganze praktisch keinen Anreiz, um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Genauso schreiben es die beiden auch in ihrem Bericht.



14.03.2023

Klimamilliarden für Holcim, Lonza, BASF und Co. (4/7)

Erstmals zeigen Berechnungen von *das Lamm*: Der Staat erliess Grosskonzernen CO₂-Abgaben in Milliardenhöhe. Wer hat wie stark davon profitiert? Wir bringen Licht in das letzte Jahrzehnt Emissionshandelsdunst.

In Kürze

- In der letzten EHS-Handelsperiode (2013 – 2020) entgingen dem Staat insgesamt rund 2.9 Milliarden Franken an Einnahmen aus der CO₂-Abgabe.
- Zudem erhielten einige der klimaschädlichsten Firmen Emissionsrechte geschenkt, die mit dem heutigen Zertifikatspreis 361 Millionen Franken wert sind.
- *Das Lamm* hat berechnet, welche Firmen durch das EHS in den letzten Jahren wie viel eingespart haben. Es sind Zahlen, die so noch nie zuvor veröffentlicht wurden.
- So wie das System in der vergangenen Handelsperiode ausgestaltet war, war es vor allem eines: eine millionenschwere Subventionierungsmaschine für emissionsstarke Unternehmen.

Recherchen von *das Lamm* zeigen: Von 2013 bis 2020 hat der Baustoffriese Holcim schätzungsweise 1.8 Millionen Franken für seine Klimagasemissionen bezahlt. Würden für Holcim dieselben Regeln gelten wie für dich und mich hätte Holcim jedoch 833 Millionen hinblättern müssen. Das Fazit: Zwar ist es in der Schweiz nicht mehr kostenlos, das Klima zu belasten – aber nicht alle zahlen denselben Preis.

Ein paar Dutzend Firmen profitieren ganz besonders. Schuld daran ist das Emissionshandelssystem, kurz: EHS.

Während eine Dose Cola, eine Flasche Olivenöl oder ein Liter Hafermilch für alle gleich viel kostet, zahlen die einen mehr und die anderen weniger für eine Tonne CO₂. Ein paar Dut-

zend Firmen profitieren ganz besonders. Schuld daran ist das Emissionshandelssystem, kurz: EHS.

Das Lamm hat berechnet, welche Firmen durch das EHS in den letzten Jahren wie viel eingespart haben. Zahlen, die so noch nie zuvor veröffentlicht wurden.

Spezialdeal Emissionshandelssystem: Die Regeln

→ auf Seite 6

Denn diesen paar wenigen Firmen – es sind lediglich 0.01 Prozent aller Schweizer Firmen – gewährt der Staat einen CO₂-Spezialdeal. Obwohl sie mit 10 Prozent der gesamten inländischen Emissionen extrem klimaschädlich produzieren, sind sie von der CO₂-Abgabe von 120 Franken pro Tonne befreit, die alle anderen Firmen und Privatpersonen für ihre Brennstoffemissionen bezahlen müssen. Im EHS zahlen sie hingegen aktuell nur etwa 80 Franken für dieselbe Menge (Stand 25. Januar 2023). Erhalten also gerade die grössten Umweltverschmutzer einen Rabatt von 40 Franken?

Das EHS – ein Klimaschutzinstrument unter vielen

→ auf Seite 7

Nein, die Vorteile von Holcim und Co. gingen in der letzten Handelsperiode noch einiges weiter. Unsere Berechnungen zeigen: Sie hatten auf ihre Monsteremissionen eine regelrechte Flatrate.

Wir haben ausgerechnet, wer von diesen Firmen wie viel – oder eher wie wenig – für die Zerstörung unseres Planeten bezahlen musste.

Denn erstens mussten die EHS-Firmen nur für einen Bruchteil der von ihnen verantworteten Emissionen überhaupt etwas bezahlen, da der Staat ihnen einen Grossteil der Emissionsrechte schenkte. Zweitens erhielten einige Firmen gar mehr von diesen Gratiszertifikaten, als sie brauchten und können diese nun verkaufen. Drittens konnten die EHS-Firmen dank der sogenannten CER-Zertifikaten auch auf Billigzertifikate zurückgreifen. Und viertens profitieren die Schweizer EHS-Firmen zusätzlich davon, dass ein Teil des Geldes, das alle anderen Firmen über die CO₂-Abgabe bezahlen, zu ihnen fliesst.

Wir haben ausgerechnet, wer von diesen Firmen wie viel – oder eher wie wenig – für die Zerstörung unseres Planeten bezahlen musste. Dabei konnten wir leider nichts über den letzten Punkt herausfinden: Keine der angeschriebenen Firmen wollte uns darüber informieren, wie viel Geld aus der CO₂-Lenkungsabgabe an sie rückverteilt wurde.

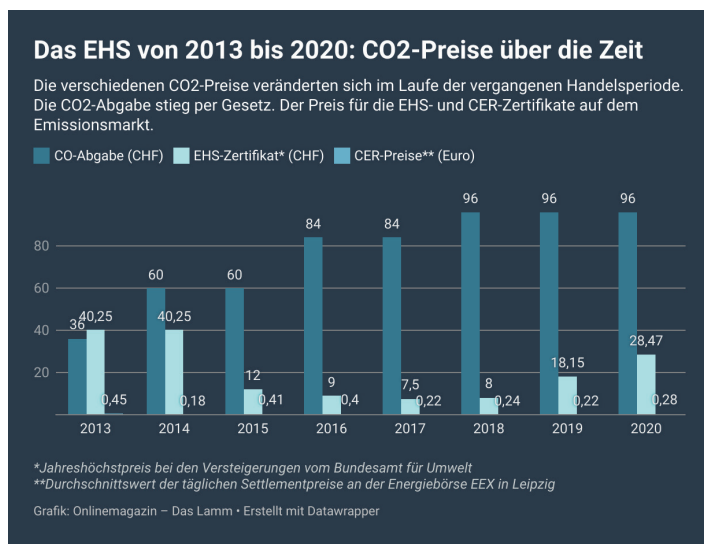
Andere Fragen lassen sich aber durchaus beantworten. Denn die dazu benötigten Zahlen sind öffentlich zugänglich: Wie viel Geld haben die Konzerne gespart, weil sie anstatt der teuren CO₂-Abgabe lediglich die EHS-Zertifikate bezahlen

mussten? Wie viel billiger kamen sie davon, weil sie einen Anteil der Zertifikate zum Nulltarif erhalten haben? Wie viel günstiger wurde ihre Klimarechnung, weil die Konzerne anstatt der teuren EHS-Zertifikate eine Zeit lang auch die billigen CER-Zertifikate abgeben durften? Und: Wie viel Gewinn könnten die betroffenen Firmen machen, wenn sie die angesparten Zertifikate verkaufen würden?

Der Trick mit den Billigzertifikaten

Neben den staatlichen Emissionsrechten konnten die EHS-Firmen in der vergangenen Handelsperiode auch von sogenannten CER-Zertifikate (Certified Emission Reduction) Gebrauch machen. Ein CER ist ein Zertifikatstyp, der für Klimaschutzprojekte in den Ländern des Globalen Südens ausgestellt wird. Für jede Tonne, die im globalen Süden auf diesem Weg nicht emittiert wird, stellt eine UN-Behörde das Emissionsrecht für eine Tonne Klimagase aus. Schweizer Konzerne können diese Emissionsrechte kaufen.

Diese von der UNO so auf den Markt gebrachten Emissionsrechte konnten in der vergangenen Handelsperiode zu einem gewissen Teil anstelle der staatlichen EHS-Zertifikaten von den EHS-Firmen eingesetzt werden, um genügend Emissionsrechte für die eigenen Emissionen vorweisen zu können. Auch viele Schweizer Industrieunternehmen griffen bei den CERs zu und kamen so um einiges günstiger weg, als wenn sie die teuren EHS-Zertifikate hätten kaufen müssen.



Gehandelt wurden die CERs unter anderem an der EEX, einer Energiebörse in Leipzig. Auf Anfrage erklärt uns die Kommunikationsabteilung der EEX, dass der durchschnittliche Jahrespreis der CERs in den Jahren von 2013 bis 2020 nie über 50 Cent pro Tonne lag – 80 Mal weniger als der Höchstpreis für ein EHS-Zertifikat in derselben Zeitspanne und fast 200 Mal weniger als die damalige CO₂-Abgabe. Dies schmälerte natürlich den Klimakostendruck auf die Konzerne und damit die Bereitschaft, die eigene Produktion auf Netto null zu trimmen. In der aktuellen EHS-Handelsperiode werden CERs nicht mehr akzeptiert.

Viel Dunst um die CERs

Obwohl allgemein bekannt ist, dass die CER-Preise in der vergangenen Handelsperiode nicht sehr hoch waren, stellte es sich als schwierig heraus, Informationen dazu zu finden, wie hoch beziehungsweise wie tief sie genau waren. Denn die für die CERs zuständige UN-Behörde betreibt zwar eine Facebookseite, auf der die Projekte vorgestellt werden, aber wie sich die CER-Preise in den letzten Jahren entwickelt haben, kann man uns nicht sagen: „We do not have CER price information. It is something settled between CER seller and buyer.“ Man habe keine Informationen zu CER-Preisen. Das sei etwas, was zwischen Käufer*in und Verkäufer*in vereinbart werde. Unsere Frage, ob man uns an eine wissenschaftliche Stelle verweisen könne, die die CER-Preisen der vergangenen Jahre dokumentiert und statistisch analysiert hat, blieb auch nach mehrmaligem Nachfragen unbeantwortet.

Dass dieses Schlupfloch aus der EHS-Regelung verschwunden ist, hat wohl zwei Gründe: Einerseits erhöhten die zugekauften CER-Zertifikate die Gesamtmenge der im EHS zur Verfügung stehenden Emissionsrechte. Dies läuft der Grundidee des EHS zuwider, dass eine staatlich fixierte Gesamtmenge an Emissionsrechten herausgegeben und kontinuierlich gesenkt werden soll. Andererseits waren sie schlichtweg viel zu günstig.

Viel mehr als mit dem CER-Trick haben die EHS-Konzerne in der letzten Handelsperiode jedoch mit der Befreiung von der CO₂-Abgabe und den von Bundesbern zugeteilten Gratiszertifikaten gespart. Erstmals zeigen nun Berechnungen von *das Lamm*, welche Konzerne dank der Teilnahme am EHS wie viel günstiger davon gekommen sind.

Knapp drei Milliarden weniger in der Staatskasse

Hätte zum Beispiel der Chemiekonzern BASF in der vergangenen EHS-Handelsperiode die üblichen CO₂-Abgaben zahlen müssen, hätte ihn das rund 24 Millionen Franken gekostet. Im EHS musste BASF hingegen nur für einen Teil seiner Emissionen Zertifikate kaufen – und das erst noch zu einem tieferen Preis. Schlussendlich zahlte der Chemiekonzern laut den Schätzungen von *das Lamm* für seine Umweltverschmutzung nur knapp 1.2 Millionen Franken. Der Chemiekonzern hat unseren Berechnungen zufolge dank der Teilnahme am EHS also rund 22 Millionen Franken eingespart.

Die Summen, die dem Staat durch das EHS entgehen, sind horrend.

Noch krasser sind die Zahlen bei der Lonza Group AG. Hätte die Lonza für ihre Industrieanlagen in Visp die CO₂-Abgabe bezahlen müssen, wären das in der vergangenen Handelsperiode laut unseren Berechnungen über 271 Millionen Franken gewesen. Im EHS zahlte die Lonza für ihre Klimaver Verschmutzung schätzungsweise lediglich 22 Millionen Franken. Die Summen, die dem Staat durch das EHS entgingen, sind horrend.

Das EHS von 2013 bis 2020: So sieht die finanzielle Bilanz der Firmen aus

Die Teilnahme am EHS hatte für die einzelnen Firmen unterschiedliche finanzielle Auswirkungen. Einerseits wird den EHS-Firmen die CO₂-Abgabe erlassen, andererseits sind die Kosten, die sie anstelle der CO₂-Abgabe im EHS bezahlen mussten deutlich tiefer. Zudem erhielten viele Firmen für eine höhere Emissionsmenge Gratiszertifikate zugeteilt, als sie tatsächlich ausgestossen haben. Die überschüssigen Zertifikate können die Konzerne gewinnbringend auf dem Emissionsmarkt weiterverkaufen.

Namen	Erlassene CO ₂ -Abgaben in CHF <small>Darvon wurden die EHS-Firmen befreit.</small>	Kosten via EHS in CHF <small>Das mussten die Firmen anstelle der CO₂-Abgabe schätzungsweise bezahlen.</small>	Geschätzter Wert der EHS-Zertifikate in Reserve in CHF <small>Zertifikatspreis Stand: 22. Jan. 2023</small>
Total	2.940.693.984	92.224.019	361.112.320
Holcim Siggenthal	331.922.916	570.594	29.808.240
Ciments Vigier Pèry	302.622.144	1.402.275	9.689.120
Jura-Cement-Fabriken Wildegg	298.734.360	2.594.036	0
Lonza Visp	271.808.532	22.231.669	0
Holcim Untervaz	263.508.504	391.116	114.328.640
Holcim Eclépens	237.677.784	808.620	58.550.240
VARO Refining Cressier	226.374.024	7.910.893	0
Jura-Cement-Fabriken Cornaux	110.806.128	4.021.069	0
CIMO Monthey	78.068.844	3.738.285	0
TAMOIL Raffinerie Colloby	67.131.432	14.939.792	0
Stahl Gerlafingen AG Gerlafingen	59.596.056	536.397	1.945.600
GETEC PARK Schweizerhalle	57.756.108	890.704	0
DSM Nutritional Products Sisseln	53.225.328	1.270.422	0
ewb Energiezentrale Forsthaus Murtenstrasse	47.849.688	6.963.590	0

Weitere 42 Zeilen werden nicht angezeigt.

Tabelle: Onlinemagazin – Das Lamm • Quelle: Emissionshandelsregister • Erstellt mit Datawrapper

Gar noch günstiger kam unseren Berechnungen zufolge der Pharmariese Roche davon. Anders als BASF oder Lonza musste Roche in der vergangenen Handelsperiode für den Standort in Basel so gut wie keine Zertifikate kaufen. Denn dem Pharmariesen wurden jedes Jahr ausser 2013 mehr EHS-Zertifikate gratis zugeteilt, als er für seine Emissionen brauchte.

Bezahlt hat Roche für seine über 200'000 Tonnen Klimagase in Basel also so gut wie nichts. Im Gegenteil: Die Firma hatte am Ende der letzten Handelsperiode gratis zugeteilte Verschmutzungsrechte für rund 52'000 Tonnen CO₂ übrig. Der Pharmariese kann diese überschüssigen Zertifikate verkaufen – im Moment für rund 80 Franken pro Stück – und könnte damit einen Gewinn von 4.2 Millionen Franken verbuchen.

Der Chemiekonzern kann die überschüssigen Zertifikate aber auch noch ein wenig zur Seite legen und darauf spekulieren, dass der Preis weiter ansteigt – was ziemlich sicher eintreffen wird, denn die Verknappung ist staatlich geplant. Kurzum: Anstatt 15,5 Millionen Franken CO₂-Abgabe einzukassieren, schenkte der Staat Roche potenzielle Gewinne im Wert von mindestens 4.2 Millionen Franken.

Die mit Abstand beeindruckendsten Zahlen erreicht jedoch der Betonriese Holcim. Wenn Holcim wie die meisten anderen Schweizer Firmen der CO₂-Abgabe unterstellt gewesen wäre, hätte der Konzern für seine drei hiesigen Produktionsanlagen in der vergangenen Handelsperiode laut unseren Berechnungen eine Klimarechnung von schätzungsweise 833 Millionen Franken erhalten.

Da Holcim aber von der CO₂-Abgabe befreit ist, wird aus dem Einzahlungsschein eine Gutschrift. Denn auch Holcim hat mehr Zertifikate geschenkt bekommen, als nötig gewesen wäre, um alle Emissionen zu decken. Die EHS-Zertifikate, die Holcim vom Bund erhalten hat und dann trotzdem nicht einsetzen musste, haben laut unseren Berechnungen momentan einen geschätzten Wert von über 200 Millionen Franken.

Holcim: Sind die Produktionskosten nun gestiegen oder nicht?

„Das EHS erhöht die Produktionskosten und trägt daher dazu bei, Innovationen und Investitionen zu fördern, die die CO₂-Emissionen [...] reduzieren“, schreibt uns der Betonriese Holcim ausweichend auf die Frage, ob man überschüssige Zertifikate verkauft habe. Da dem Betonriesen laut unseren Berechnungen durch das EHS keine Mehrkosten entstanden sind, fragen wir nach, um wie viel die Produktionskosten durch das EHS bei Holcim denn genau gestiegen seien. Die Antwort: Zu den Produktionskosten mache man keine Angaben.

Ob die EHS-Firmen die vom Bund geschenkten Zertifikate tatsächlich in Gewinne umgewandelt haben oder nicht, ist schwer zu sagen. Von allen angefragten EHS-Firmen hat uns lediglich eine Firma darüber transparent Auskunft gegeben: die Perlen Papier Fabrik.

Alles in allem entgingen dem Staat in der letzten EHS-Handelsperiode insgesamt rund 2.9 Milliarden Franken an Einnahmen aus der CO₂-Abgabe.

Laut eigenen Angaben verkaufte die Papierfabrik im Geschäftsjahr 2021 insgesamt 330'000 CO₂-Zertifikate und verdiente damit 18.1 Millionen Franken. Andere Firmen schrieben uns, dass sie die Zertifikate für etwaige Schwankungen in der Produktion (Kalkfabrik Netstal) oder zur Begleichung der CO₂-Schuld in den kommenden Jahren (ERZ) zurückgelegt hätten. Generell lässt sich festhalten: Auf viel Auskunftsfreude stiessen wir mit dieser Frage bei den EHS-Konzernen nicht.

Daten, Berechnungen und Annahmen hinter den Zahlen

Die Daten hinter den Berechnungen von das Lamm sind alle öffentlich einsehbar über das Schweizer Emissionshandelsregister. Neben den jährlichen Emissionen aller EHS-Firmen sind dort auch die zugeteilten Gratiszertifikate aufgelistet. Mit diesen Angaben kann sowohl die Menge an Zertifikate errechnet werden, die von den Firmen tatsächlich gekauft werden musste wie auch die Anzahl an überschüssig erhaltenen Emissionsrechten.

Für die Berechnung der erlassenen CO₂-Abgaben wurden die jährlichen Emissionstonnen mit der damals gültigen CO₂-Abgabe verrechnet. Für die Berechnung der Kosten, die für die Firmen über das EHS angefallen sind, verwendeten wir die jeweils höchsten Zertifikatspreise aus den vom BAFU durchgeführten Versteigerungen.

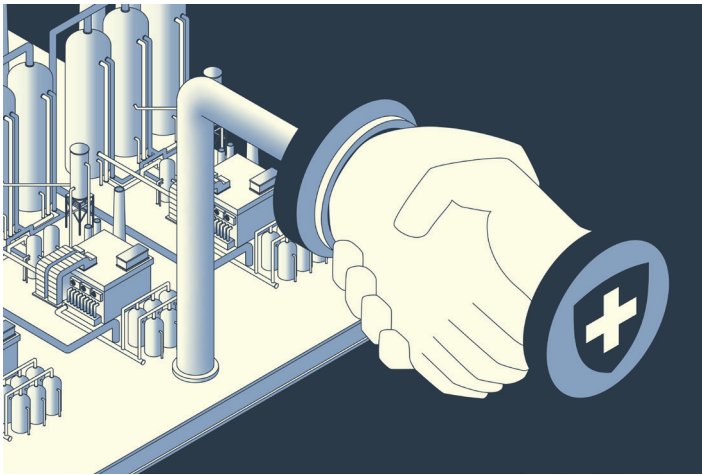
Wenn Annahmen getroffen werden mussten, wurden diese stets so gewählt, dass sie für die EHS-Konzerne vorteilhaft waren.

Schlachtbetrieb mit dünner Haut

Im Laufe der Recherche stellten wir mehreren EHS-Firmen zwei Fragen. Erstens: Haben Sie überschüssige Zertifikate verkauft? Falls ja: Was haben Sie damit eingenommen? Zweitens: Wie viele Zertifikate haben Sie aktuell noch auf Reserve? Eine wirklich transparente Antwort erhielten wir von den wenigsten Firmen. Beim Schlachtabfallverwerter GZM schien man bereits mit der Fragestellung Mühe zu haben: „Ihre Fragen [...] suggerieren einen tendenziösen Ton – bitte umformulieren“, schrieb uns der Schlachtabfallverwerter. Auf die Nachfrage, was man daran genau tendenziös fände, erhielten wir schlussendlich doch noch eine vage Antwort. Es sei korrekt, dass man die gratis zugeteilten Zertifikate nicht ausgeschöpft habe. Die ungenutzten Zertifikate wurden jedoch nicht verkauft.

Alles in allem entgingen dem Staat in der letzten EHS-Handelsperiode insgesamt rund 2,9 Milliarden Franken an Einnahmen aus der CO₂-Abgabe. Über das EHS eingenommen hat der Staat in demselben Zeitfenster bei denselben Firmen lediglich 92 Millionen Franken. Zudem erhielten einige der klimaschädlichsten Firmen Emissionsrechte geschenkt, die mit dem heutigen Zertifikatspreis 361 Millionen Franken wert sind.

So wie das System in der vergangenen Handelsperiode ausgestaltet war, war es vor allem eines: eine millionenschwere Subventionierungsmaschine für emissionsstarke Unternehmen.



16.03.2023

Ein Spezialdeal für die Klimakiller. Warum eigentlich? (5/7)

Von 2013 bis 2020 subventionierte der Staat die emissionsintensivsten Firmen des Landes mit rund drei Milliarden Franken. Ob das gerechtfertigt ist oder nicht, diskutierte man bereits vor 30 Jahren.

In Kürze

- Dem Staat entgingen nicht nur fast drei Milliarden Franken an Einnahmen, er verschenkte auch noch potenzielle Millionengewinne an die klimaschädlichsten Konzerne der Schweiz.
- Die Folge davon: Die Emissionen der subventionierten Konzerne sind mangels finanziellem Druck nur bedingt gesunken.
- Unsere Recherche zeigt zudem: In wirklich transformative Massnahmen wurde wenig investiert.
- Es war und ist gerade die EHS-Industrie, die sich gegen die Einführung von klaren Anreizen gestellt hat.

Es sind Milliarden, die dem Staat bereits durch die Lappen gingen. Milliarden an nicht eingenommenen Abgaben, weil rund 40 Firmen im Schweizer Emissionshandelssystem (EHS) eine Dauerflattrate auf ihre Monsteremissionen genossen, anstatt wie alle anderen die CO₂-Abgaben zu bezahlen.

Hätten diese Firmen in der letzten EHS-Handelsperiode von 2013 bis 2020 die übliche CO₂-Abgabe bezahlen müssen, hätte sie das 2.9 Milliarden Franken gekostet. Im EHS haben sie für dieselbe Menge an Emissionen schätzungsweise nur 92 Millionen Franken bezahlt. Dies zeigen Recherchen von *das Lamm*.

Das EHS war für die Firmen also um Welten billiger als die CO₂-Abgabe. Der Hauptgrund dafür: Im EHS müssen die Firmen den Grossteil der Emissionsrechte gar nicht kaufen, sondern erhalten sie vom Bundesamt für Umwelt gratis zugeweiht. Einige EHS-Konzerne konnten diese Emissionsrechte gar anhäufen und könnten sie heute auf dem Emissionsmarkt verkaufen. Der aktuelle Gegenwert aller angehäuften Emis-

sionsrechte beläuft sich laut den Berechnungen von *das Lamm*, Stand 25. Januar 2023, schätzungsweise auf 361 Millionen Franken.

Dem Staat entgingen also nicht nur 2.9 Milliarden Franken an Einnahmen, er verschenkte auch noch potenzielle Millionengewinne. Und das an die klimaschädlichsten Konzerne der Schweiz.

Das EHS von 2013 bis 2020: Diese Industrieanlagen rechneten ihre Klimagase im EHS ab

In der vergangenen Handelsperiode nahmen rund 40 Firmen mit etwa 50 verschiedenen Industrieanlagen am EHS teil. Diese rund 40 Firmen machen nicht einmal 0.01 Prozent aller Schweizer Firmen aus. Sie verursachten aber gut 10 Prozent aller inländischen Emissionen.

Anlage Standort	Beschreibung
BASF Kaisten	Herstellung von Kunststoffen und chemischen Stoffen
Ciments Vigier Péry	Herstellung von Zement
CIMO Monthey	Dienstleistungsunternehmen, das die multinationalen Unternehmen Syngenta, Hunstman, Sun Chemical und BASF am Standort Monthey bei der Herstellung von chemischen Produkten in den Bereichen technische Wartung, Sicherheit, Umwelt, Energieerzeugung und Abfallbehandlung unterstützt.
Gemeinde Lausanne Heizwerk Pierre-de-Plan	Versorgung der Gemeinde Lausanne mit Wärme, Aufbereitung von Abwasser
Gemeinde Lausanne Heizwerk Bossons	Versorgung der Gemeinde Lausanne mit Wärme, Aufbereitung von Abwasser

Weitere 51 Zeilen werden nicht angezeigt.

Tabelle: Onlinemagazin – Das Lamm • Quelle: Anfragen via Öffentlichkeitsgesetz beim Bafu • Erstellt mit Datawrapper

Dass es sich bei den erlassenen EHS-Milliarden in Form von verschenkten Gratiszertifikaten um Subventionen handelt, darüber sind sich Expert*innen grösstenteils einig – so listet etwa auch der Kieler Subventionsbericht des Instituts für Weltwirtschaft die gratis zugeweihten EHS-Zertifikate als Subventionen auf. Schwieriger zu beantworten ist hingegen die Frage, ob diese Subventionen gerechtfertigt sind.

Haben die Subventionen ihren Zweck erfüllt?

So viel vorneweg: Die Subventionierung in Form von Gratiszertifikaten hat das sogenannte Carbon-Leakage, also das Abwandern von Emissionen oder ganzer Produktionsstätten ins Ausland, verhindert. Ob Carbon-Leakage jedoch auch mit weniger grossen Subventionen hätte verhindert werden können – das kann bei der vorhandenen Datenlage niemand abschliessend beurteilen.

Die Emissionen der subventionierten Konzerne sind mangels finanziellem Druck nur bedingt gesunken.

Was jedoch klar ist: Die Emissionen der subventionierten Konzerne sind mangels finanziellem Druck nur bedingt gesunken. Auch wenn die EHS-Unternehmen ihre Emissionen teilweise reduzieren konnten – in anderen Sektoren wurde deutlich mehr erreicht.

Berechnungen von *das Lamm* zeigen: Im besten Fall konnten

die EHS-Firmen ihre Emissionen in der letzten Handelsperiode um rund 10 Prozent senken. Laut dem offiziellen Treibhausgasinventar der Schweiz haben bei den Privathaushalten die Emissionen im selben Zeitraum um ganze 32 Prozent abgenommen.

Spezialdeal Emissionshandelssystem: Die Regeln

→ auf Seite 6

Entsprechend wollten wir von den EHS-Konzernen wissen, ob sie diese finanziell überprivilegierte Position wenigstens dafür genutzt haben, um in die Dekarbonisierung ihrer Produktionsabläufe zu investieren. Doch eine Antwort auf unsere Frage fällt vielen Firmen sichtlich schwer. Der Grund: Es fehlen die entsprechenden Zahlen.

Keine Daten zu Klimainvestitionen

Die in der Energieversorgung tätige Transitgas AG schreibt auf Anfrage, dass man uns die gewünschten Daten nicht liefern könne, weil man „viele erst 2020 angepackt“ habe. Auch der Flughafen Zürich kann keine konkrete Zahl für seine Klimainvestitionen nennen, da man die Klimaschutzkosten nicht separat erhebe. „So gilt beispielsweise die Erneuerung einer Gesamtbeleuchtung mit Umstellung auf LED nicht als Klimaschutzmassnahme, auch wenn dadurch der Strombedarf mehr als halbiert werden kann“, schreibt die Mediensprecherin des Flughafens auf Anfrage.

Wie viel kostet der Klimaumbau die Schweiz?

Laut einer ETH-Studie brauchen wir für den klimagerechten Umbau der Schweiz über die nächsten 25 Jahre hinweg rund 100 Milliarden Franken.

Nicht mit eingerechnet sind Unterstützungsgelder für die Länder des globalen Südens, zu denen sich die Schweiz zusammen mit allen anderen Industriestaaten im Pariser Klimaabkommen im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit verpflichtet hat. Doch diese Abmachung war von Anfang an ungenau. Vor allem, weil nie festgelegt wurde, wer wie viel bezahlen muss. Stattdessen soll jedes Industrieland selbst entscheiden, welcher Betrag angemessen ist – je nachdem, wie hoch die eigenen Emissionen waren und je nach den finanziellen Mitteln, die dem Land zur Verfügung stehen. Sprich: Reiche Länder mit hohen Emissionen sollen mehr bezahlen. Je nach Quelle liegt der faire Anteil der Schweiz laut diesen Kriterien zwischen 500 und 800 Millionen Franken pro Jahr.

Bei etwaigen Wiedergutmachungsklagen, zum Beispiel weil ein im Ozean versunkener Inselstaat von den weltweit grössten Emittent*innen Schadensersatz einfordert, könnte sich dieser Betrag aber massiv erhöhen. Verfahren dieser Art gegen den Schweizer Staat laufen bis dato zwar noch keine. Eine Klage von Inselbewohner*innen gegen den Schweizer Betonkonzern Holcim sorgte jedoch jüngst für Aufsehen.

Politisch steht für die Klimafinanzierung bis anhin nur ein konkreter Vorschlag zur Diskussion: die Klimafonds-Initiative. Sie wurde gemeinsam von der SP und den Grünen initiiert. Die Initiative fordert, dass der Bund jedes Jahr zwischen 3.5 und 7 Milliarden Franken in die ökologische Wende investiert. Die zwei Parteien sammeln dafür seit verganginem September Unterschriften.

Ähnlich schwammig klingt es bei Perlen Papier im luzernischen Perlen: „Wir investieren pro Jahr insgesamt 20 bis 30 Millionen Franken in neue Kapazitäten, Anlagen und Effizienzverbesserungen“, schreibt uns der Kommunikationsleiter der Papierfabrik als Antwort. Diese Massnahmen seien zwar auch klimarelevant, der Effekt werde aber nicht gesondert ausgewiesen.

Trotzdem lohnt es sich, diese Investitionen mit den Subventionen via EHS zu vergleichen. Von 2013 bis 2020 sparte Perlen Papier laut den Berechnungen von *das Lamm* rund 15 Millionen Franken an CO₂-Abgaben ein. Zudem hat kaum eine andere Fabrik im EHS einen grösseren Überschuss an Gratiszertifikaten erhalten. Die nicht verwendeten EHS-Zertifikate entsprechen mit dem Zertifikatspreis Ende Januar 2023 einem geschätzten Gegenwert von 81 Millionen Franken.

Das EHS von 2013 bis 2020: So sieht die finanzielle Bilanz der Firmen aus

Die Teilnahme am EHS hatte für die einzelnen Firmen unterschiedliche finanzielle Auswirkungen. Einerseits wird den EHS-Firmen die CO₂-Abgabe erlassen, andererseits sind die Kosten, die sie anstelle der CO₂-Abgabe im EHS bezahlen mussten deutlich tiefer. Zudem erhielten viele Firmen für eine höhere Emissionsmenge Gratiszertifikate zugeteilt, als sie tatsächlich ausgestossen haben. Die überschüssigen Zertifikate können die Konzerne gewinnbringend auf dem Emissionsmarkt weiterverkaufen.

Namen	Erlassene CO ₂ -Abgaben in CHF	Kosten via EHS in CHF	Geschätzter Wert der EHS-Zertifikate in Reserve in CHF
	Das EHS-Firmen befreit.	Das EHS-Firmen bezahlen.	Zertifikatspreis Ende Jan. 2023
Total	2.940.693.984	92.224.019	361.112.320
Holcim Siggenthal	331.922.916	570.594	29.808.240
Ciments Vigier Pery	302.622.144	1.402.275	9.689.120
Jura-Cement-Fabriken Wildegg	298.734.360	2.594.036	0
Lonza Visp	271.808.532	22.231.669	0
Holcim Untervaz	263.508.504	391.116	114.328.640
Holcim Eclépens	237.677.784	808.620	58.550.240
VARO Refining Cressier	226.374.024	7.910.893	0
Jura-Cement-Fabriken Cornaux	110.806.128	4.021.069	0
CIMO Monthey	78.068.844	3.738.285	0
TAMOIL Raffinerie Collombey	67.131.432	14.939.792	0
Stahl Gerlafingen AG Gerlafingen	59.596.056	536.397	1.945.600
GETEC PARK Schweizerhalle	57.756.108	890.704	0
DSM Nutritional Products Sisseln	53.225.928	1.270.422	0
ewb Energiezentrale Forsthaus Mürtenstrasse	47.849.688	6.963.590	0

Weitere 42 Zeilen werden nicht angezeigt.

Tabelle: Onlinemagazin – Das Lamm • Quelle: Emissionshandelsregister • Erstellt mit Datawrapper

Auch vom Zementhersteller Vigier Ciment erhalten wir keine Angaben zu den getätigten Klimaschutzinvestitionen: „Wir bevorzugen es, die Investitionskosten in Klimaschutzmassnahmen nicht zu kommunizieren“, schreibt uns die Pressestelle auf Anfrage und verweist für spezifische Umweltschutzmassnahmen auf ihren Nachhaltigkeitsbericht.

Den dort aufgeführten Massnahmen haftet aber etwas Verzweifeltes an. „Der seit 2018 in Betrieb genommene elektrische E-Dumper ‚Lynx‘ (Anmerkung der Redaktion: ein riesiger elektronischer Muldenkipper) spart jährlich [...] 130 Tonnen CO₂“, liest man unter der Rubrik „Klima“. Zur

Einordnung: 2020 emittierte der Konzern 470'000 Tonnen CO₂. E-Dumper hin oder her. Oder anders gesagt: Da müssen noch einige E-Dumper angeschafft werden, bevor sich die Klimabilanz sehen lassen kann.

Klimaschutz durch zivilen Ungehorsam

Auch die Klimagerechtigkeitsbewegung rühmt sich hin und wieder damit Emissionen aus dem Industriesektor verhindern zu haben – und zwar indem sie durch Aktionen des zivilen Ungehorsams fossile Infrastruktur blockiert. Sprich: Die Klimaaktivist*innen besetzen für einige Stunden, selten für wenige Tage, Kohlebagger oder ketten sich an Gleise, die die Kohle von der Grube zum Kraftwerk transportieren. Bezüglich Grössenordnung können es die Aktivist*innen durchaus mit Klimaschutzmassnahmen der Grosskonzerne aufnehmen. Im Braunkohlekraftwerk Neurath sollen laut Angaben der Aktivist*innen mit nur einer Aktion 8'000 Tonnen CO₂ verhindert worden sein.

Dank der Teilnahme am EHS sparte Holcim von 2013 bis 2020 satte 831 Millionen Franken CO₂-Abgaben ein.

Ein wenig konkreter fällt die Antwort des Baustoffriesen Holcim aus: „In den letzten Jahren investierte Holcim Schweiz im zweistelligen Millionenbereich in Projekte für Umweltmassnahmen.“ Berechnungen von *das Lamm* zeigen jedoch: Dank der Teilnahme am EHS sparte Holcim von 2013 bis 2020 satte 831 Millionen Franken CO₂-Abgaben ein. Zudem haben die EHS-Zertifikate, die Holcim umsonst und überschüssig vom Staat erhalten hat, mit dem aktuellen Zertifikatspreis einen geschätzten Wert von 202 Millionen Franken.

Auf Anfrage schickt uns Holcim die Medienmitteilungen zu drei konkreten Umweltschutzmassnahmen zu. In der ersten Medienmitteilung geht es um eine neu entwickelte Zementart, die 10 Prozent weniger CO₂-Emissionen verursacht. Damit konnte Holcim 2020 laut eigenen Angaben 7'000 Tonnen CO₂-Emissionen einsparen. Laut der zweiten Medienmitteilung hat Holcim in einem seiner drei Werke eine Turbine in Betrieb genommen, mit der die bei der Zementproduktion entstehende Abwärme zur Stromerzeugung genutzt werden kann. In der dritten uns zugeschickten Medienmitteilung gibt Holcim an, dass den Mitarbeiter*innen und Besucher*innen im Zementwerk in Eclépens dank einer neuen Solaranlage nun eine Ladestation für ihre E-Autos zur Verfügung steht.

Das alles klingt nett, ist aber höchstens ein Tröpfchen auf den heissen Stein: 2020 haben die drei Anlagen, die Holcim im EHS abrechnet, zusammen satte 1.3 Millionen Tonnen CO₂ emittiert – oder anders: Rund drei Prozent aller Emissionen auf Schweizer Territorium gehen auf die Kappe des Zementherstellers.

Wir brauchen transformative Massnahmen

Auch der Wirtschaftswissenschaftler Michael Pahle ist gegenüber *das Lamm* skeptisch, dass Konzerne mit E-Dumpfern und Firmen-E-Autos substanziell etwas gegen die Klimakrise tun können. Pahle arbeitet am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung zum Emissionshandelssystem und forscht an Strategien, wie Klimaneutralität erreicht werden kann.

„Es gibt marginale Massnahmen, wie Effizienzsteigerungen oder dass man E-Autos auf dem Gelände einführt, und es gibt transformative Massnahmen.“

„Es gibt marginale Massnahmen, wie Effizienzsteigerungen oder dass man E-Autos auf dem Gelände einführt, und es gibt transformative Massnahmen“, erklärt Pahle per Videocall. Was wirklich zähle, sei jedoch ganz klar Letzteres, denn nur das ändere die Geschäftsstrategie nachhaltig. „Grundsätzlich muss man also schauen, wo für dezidiert emissionsfreie Anlagen wirklich Geld in die Hand genommen wird. Alles andere ist zu wenig, um in den noch verbleibenden zwei Jahrzehnten auf Netto-Null zu kommen.“

Die grösste Solaranlage für die letzte Erdölraffinerie

Im Januar 2022 gab die Varo Energy Group bekannt, dass sie die leistungsstärkste Freiflächensolaranlage der Schweiz bauen wird. Laut eigenen Angaben könnte diese den Strom für 2000 bis 2500 Haushalte produzieren. Dort wird der Strom jedoch nie ankommen, denn das grösste Solarfeld der Schweiz soll nicht etwa die Wohnungen im neuenburgischen Cressier mit Strom versorgen, sondern die letzte noch verbliebene Erdölraffinerie des Landes. „Bei voller Leistung deckt die Anlage mehr als 60 Prozent des Strombedarfs der Raffinerie ab“, ist auf der Webseite von Varo zu lesen. Dort steht auch, dass man damit zur Energiewende beitragen will. Doch: Für eine wirklich transformative Energiewende müssten die Solarpanels die umliegenden Haushalte mit Strom versorgen, anstatt einer Infrastruktur aus dem fossilen Zeitalter ein grünes Mäntelchen umzulegen.

In dieser Hinsicht hat von den angefragten EHS-Firmen nur eine wirklich etwas zu bieten: die Stahlverarbeiterin Steeltec AG in Emmenbrücke. Steeltec setzt nicht nur auf Effizienzsteigerung, sondern elektrifiziert ihre Stahlverarbeitung und spielt damit in einer anderen Liga als die Firmen mit den E-Autos. Denn indem Steeltec auf Elektrostahlöfen umstellte, investierte sie in eine Technik, mit der sie ihr Kerngeschäft, sprich die Verarbeitung von Recyclingstahl, von fossilen Energieträgern befreit – vorausgesetzt, der für diese Technik genutzte Strom wird ohne Kohle, Erdgas oder Erdöl erzeugt.

Genügen die Klimainvestitionen?

Ein bisschen etwas hat sich also getan, jedoch unter Vorbehalten: Einerseits zählen die angefragten Firmen insgesamt nur wenige transformative Massnahmen auf. Zum anderen sind die Subventionen via EHS zum Teil weitaus höher als die von den Firmen genannten Klimaschutzinvestitionen. Um der Klimakrise die Stirn zu bieten, müsste deutlich mehr Geld fliessen.

Das sieht auch Tobias Schmidt, Professor für Energie- und Technologiepolitik an der ETH Zürich, so. Wir erreichen ihn per Videocall. Auf die Frage, ob die Schweizer Industrie genug in den klimaverträglichen Umbau investiere, antwortet er: „Nein, zumindest im Moment noch nicht.“ Finanziert vom Bundesamt für Energie arbeitet Schmidt zur Zeit an einer Studie, die aufzeigen soll, wie sich die Schweizer Industrie von der fossilen Energie befreien kann. Das Problem: „Es fehlen die Anreize und es gibt regulatorische Unsicherheiten“, so Schmidt. „Wenn ich als Zementkonzern nicht weiss, ob ich in 10 Jahren noch produzieren darf oder nicht, investiere ich nicht in eine teure Anlage, die Jahrzehnte braucht, um sich zu amortisieren.“

Es war und ist gerade die EHS-Industrie, die sich gegen die Einführung von klaren Anreizen gestellt hat.

Das ist nachvollziehbar. Aber: Es war und ist gerade die EHS-Industrie, die sich gegen die Einführung von klaren Anreizen gestellt hat. Etwa als in der SRF-Arena im Jahr 1995 über eine mögliche CO₂-Abgabe diskutiert wurde. Was sowohl Ursula Renold, die damalige Sprecherin der Schweizerischen Energienstiftung SES, als auch SP-Nationalrat Elmar Ledergerber dort sagten, erinnert stark an die Aussage von Schmidt: Die Wirtschaft braucht Anreize und klare Preissignale, damit sie ihre Produktion in Richtung weniger Emissionen und mehr Klimaverträglichkeit umstellt.

Heute, fast 30 Jahre später, fehlen die von SP und SES bereits damals geforderten Marktsignale für die klimaschädlichsten Industriezweige noch immer. Der Grund: Diejenigen auf der anderen Seite der damaligen Diskussionsrunde wollten keine solchen Anreize. Angesprochen auf eine mögliche CO₂-Abgabe meinte Rolf Hartl von der Erdölvereinigung bereits 1995: „Wir sind demgegenüber relativ kritisch eingestellt.“ Auch Jacob Schmidheiny von der Zürcher Ziegeleien Holding sprach sich in der Sendung gegen eine CO₂-Abgabe aus. „Für uns heisst das, ein Drittel des Profits ist weg.“

Aus der bereits 1995 geführten Diskussion resultierte tatsächlich eine, wie von Renold geforderte, langsam aber stetig steigende CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe. Nur: Die Zürcher Ziegeleien sind zusammen mit allen anderen energieintensiven Branchen nach wie vor davon befreit. Heute rechnen die Zürcher Ziegeleien, unter dem Namen ZZ Wancor, im EHS ab, anstatt die teuren CO₂-Abgaben zu bezahlen.

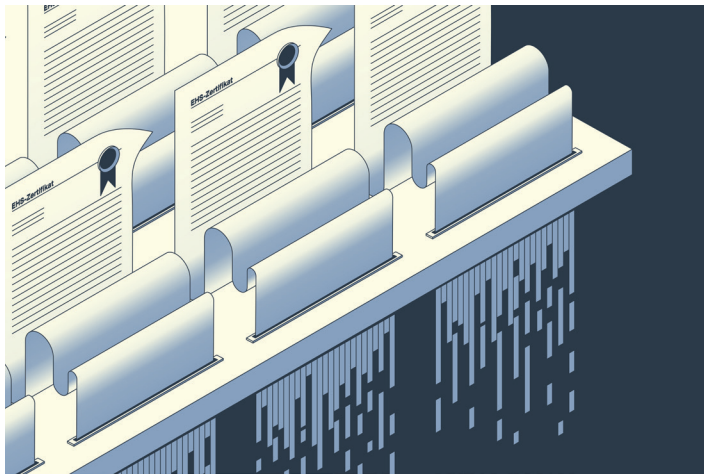


Jacob Schmidheiny fürchtet 1995 in einer SRF-Arena zum Thema Klimakatastrophe bei der Einführung einer CO₂-Abgabe um seinen Gewinn (Quelle: Screenshot).

Leider werden wir wahrscheinlich nie herausfinden, welchen Einfluss die damalige Einführung einer CO₂-Abgabe tatsächlich auf die Ziegeleien und die anderen EHS-Firmen gehabt hätte. Möglich wären zwei Optionen: Entweder hätten Schmidheiny und Co. wegen der neuen Klimaabgaben auf einen Teil ihres Profits verzichten müssen oder aber die betroffenen Industrieunternehmen hätten es sich wahrhaftig nicht leisten können, die echten Klimakosten ihrer Produktion zu bezahlen und wären möglicherweise ins Ausland abgewandert.

Ob Option eins oder zwei zutrifft, ist schlussendlich gar nicht so entscheidend. Denn beide Optionen hinterlassen hinsichtlich der millionenschweren Subventionen, die die Zürcher Ziegeleien und deren Mitstreiter*innen seither erhalten haben, einen bitteren Nachgeschmack.

Denn anstatt fossilen Dinosauriern Milliarden subventionen zuzustupfen, täten die Schweizer Klimagesetzgebung und die dafür verantwortlichen Politiker*innen gut daran, die Branchen, Firmen und Ideen zu unterstützen, die rentabel wirtschaften, ohne das Klima an die Wand zu fahren.



20.03.2023

Wann fällt die Dauerfltrate? (6/7)

Die EU plant Reformen. Diese könnten das EHS aus der Geiselhaft der globalisierten Industrie befreien und in eine tatsächliche Dekarbonisierung führen. Der Wermutstropfen: So bald wird das nicht geschehen.

In Kürze

- Von der Dauerfltrate im EHS wollen auch kleinere Unternehmen profitieren. Die Anzahl Firmen, die im Schweizer EHS abrechnen, hat sich folglich seit 2021 fast verdoppelt.
- Vonseiten der EU sind Anpassungen im EHS geplant. Eine davon ist der CO₂-Grenzausgleich in Form einer Zollabgabe.
- Vollständig eingeführt wird dieser CO₂-Zoll voraussichtlich jedoch erst 2034.

Eine Flatrate auf Monsteremissionen – das war das Emissionshandelssystem (EHS) in der letzten Handelsperiode. Für die schlimmsten Klimasünder*innen gab es Emissionsrechte zum Nulltarif, einige Konzerne konnten sich dank der Teilnahme am EHS sogar bereichern, während KMUs und alle Bürger*innen für jede Emissionstonne, die sie aus fossilen Brennstoffen verursachten, zwischen 36 und 96 Franken CO₂-Abgabe bezahlen mussten. Alles in allem gingen dem Staat in der vergangenen EHS-Handelsperiode dadurch laut Schätzungen von *das Lamm* rund drei Milliarden Franken CO₂-Abgaben durch die Lappen.

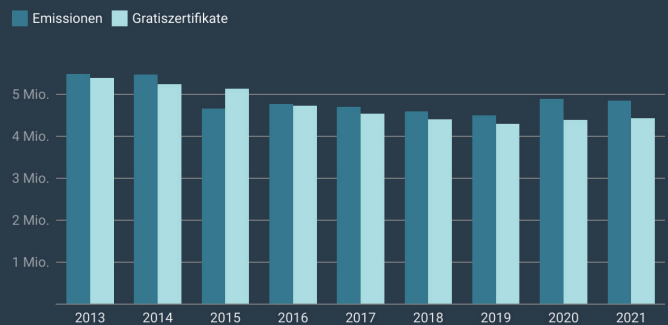
Spezialdeal Emissionshandelssystem: Die Regeln
→ auf Seite 6

Dass das wenig mit Verursacherprinzip oder Gerechtigkeit zu tun hat, liegt auf der Hand. Zudem braucht die Industrie stattdessen dringend klare finanzielle Signale, um von der fossilen Energieversorgung wegzukommen. Deshalb plant die EU Reformen.

Da die wirklich einschneidenden Anpassungen aber noch länger auf sich warten lassen, erstaunt es kaum, dass der Start der neuen Handelsperiode etwa gleich aussieht wie das Ende der vergangenen: Der Staat verteilt den klimaschädlichsten Konzernen weiterhin Zertifikate zum Nulltarif – und das in grossen Mengen.

Das EHS nach 2020: So entwickelten sich die Emissionen und Gratiszertifikate weiter

Bei der Entwicklung der Emissionen sind zwei markante Sprünge zu beobachten. Die Reduktion im Jahr 2015 ist grösstenteils auf die Schliessung der Tamoilraffinerie zurückzuführen. 2020 stiegen die im EHS dokumentierten Klimagasemissionen, aufgrund des bei der Lonza AG entdeckten Lachgas-Lecks. Aus demselben Grund erhöhte sich auch die Anzahl Gratiszertifikate 2020 wieder leicht. 2021 startete die neue Handelsperiode. Emissionen und Gratiszertifikate blieben jedoch etwa gleich hoch. Für das Jahr 2022 sind die Emissionszahlen noch nicht vollständig bekannt.



Eine Einheit entspricht jeweils einer Tonne CO₂-Äquivalent

Gratik: Onlinemagazin – Das Lamm • Quelle: Emissionshandelsregister • Erstellt mit Datawrapper

Sowohl die gratis zugeteilte Menge an Emissionszertifikaten wie auch die im EHS registrierten Klimagasemissionen waren zum Start der neuen Handelsperiode 2021 etwa gleich hoch wie 2020. Wie die Zahlen für 2022 aussehen, ist noch nicht bekannt. Zwar seien die Gratiszuteilungen auf das Jahr 2022 gekürzt worden, lässt uns das Bundesamt für Umwelt (BAFU) auf Anfrage wissen, aber die definitiven Zuteilungen stehen bei einigen Firmen noch aus. Um wie viel die Gratiszuteilungen tatsächlich gesunken sind, lässt sich deshalb noch nicht abschätzen.

Ab 2021: mehr Unternehmen im EHS

Was sich aber mit dem Start der neuen Handelsperiode ganz sicher verändert hat, ist die Anzahl Firmen, die ihre Klimakosten unter dem EHS abrechnen wollen. Waren es Ende 2020 noch rund 50 Industrieanlagen, sind auf den Start der neuen Handelsperiode 94 Anlagen im EHS gemeldet. Neu mit dabei sind auch bekannte Konzerne wie die Emmi Schweiz AG, SWISS KRONO AG oder das Kernkraftwerk Gösgen.

Wieso ins EHS wechseln?

Wir haben bei der Emmi Schweiz AG, der SWISS KRONO AG und dem Kernkraftwerk Gösgen nachgefragt, wieso sie auf die neue Handelsperiode hin ins EHS gewechselt haben. Die Molkerei Emmi verweist auf die damals unsichere Gesetzeslage rund um die Abstimmung über das neue CO₂-Gesetz, die sie zum Wechsel bewogen hat.

Das Kernkraftwerk Gösgen schreibt, dass sie in den vergan-

genen Jahren die normale CO₂-Lenkungsabgabe auf fossile Brennstoffe zahlten. Aber: „Wirtschaftliche Überlegungen haben das Kernkraftwerk Gösgen (KKG) dazu bewogen, nun am Emissionshandelssystem (EHS) teilzunehmen.“ Einmal mehr zeigt sich: Die Emissionen über das EHS abrechnen zu können, ist ein Privileg.

Die in der Massenverarbeitung von Holzwerkstoffen tätige SWISS KRONO AG lässt uns wissen, dass sie mit dem EHS-Beitritt des Schweizer Werks „analog zu den Werken im EU-Raum agieren“ wolle. Denn SWISS KRONO betreibt weitere Werke im EU-Raum und „allfällige Zertifikate möchte man aus Gruppensicht händeln“, heisst es weiter.

Es könnte aber noch einen anderen Grund für den Wechsel von SWISS KRONO ins EHS geben. Denn während einige Branchen 2021 von der Carbon Leakage-Liste der EU gestrichen wurden, kamen ein paar neue hinzu. Firmen aus den Branchen auf dieser Liste profitieren im EHS von extra grosszügigen Zuteilungen von Gratiszertifikaten. Einer dieser neuen Industriezweige ist die „Herstellung von Furnieren und Holzwerkstoffen“. Swiss Krono dürfte vom BAFU also nun mehr Gratiszertifikate erhalten.

Auch die Kleinen wollen profitieren

Neben einigen grossen und bekannten Namen fällt aber vor allem eines auf: 2021 kamen viele kleinere Emittent*innen neu ins EHS. Denn auch für sie ist das ein lohnender Schritt. Ein Beispiel: Die in der Produktion und Verarbeitung von Baustoffen tätige AlpiAsfalt AG emittierte 2021 197 Tonnen CO₂. Auch wenn das immer noch den Emissionen von über zehn durchschnittlichen Schweizer*innen entspricht, ist es nur ein Bruchteil dessen, was die wirklich grossen Klimaverstärker*innen im EHS in die Luft pusteten.

Waren es Ende 2020 noch rund 50 Industrieanlagen, sind auf den Start der neuen Handelsperiode 94 Anlagen im EHS gemeldet.

Über die CO₂-Abgabe hätte das Unternehmen 2021 für seine Klimagasemissionen 23'000 Franken bezahlen müssen. Durch die Teilnahme am EHS konnte sich AlpiAsfalt diese Kosten sparen. Zudem erhielt AlpiAsfalt Gratiszertifikate für 273 Tonnen Klimagase zugeteilt – also mehr, als sie für ihre eigenen Emissionen brauchten. Würde AlpiAsfalt die überschüssigen 76 Zertifikate verkaufen, könnte das Unternehmen bei einem Zertifikatspreis von 80 Franken (Stand 25. Januar 2023) rund 6'000 Franken Gewinn machen.

Kurzum: Anstatt mit einem Minus von 23'000 Franken schliesst AlpiAsfalt 2021 seine Klimabilanz mit einem potenziellen Plus von 6'000 Franken ab. Verglichen mit den Einsparungen und den potenziellen Gewinnen von Holcim, Lonza und BASF ist das natürlich eine kleine Nummer – trotzdem macht auch AlpiAsfalt jetzt dort Geld, wo andere bezahlen müssen.

Das System ist am Ende

Dass das Systems EHS in seiner jetzigen Ausgestaltung an Grenzen stösst, belegt das BAFU gleich selbst mit Zahlen. Denn die Gesamtmenge an Gratiszertifikaten, die das BAFU gemäss den aktuellen Regeln unter den EHS-Firmen verteilen müsste, ist seit Jahren fast gleich hoch wie die Menge an Zertifikaten, die das BAFU maximal abgeben darf.

Fakt ist: Die Anzahl Zertifikate, die tatsächlich gegen Geld vom BAFU an die EHS-Firmen gingen, hielt und hält sich weiterhin in Grenzen.

Die Gesamtmenge an Gratiszertifikaten, die das BAFU gemäss den aktuellen Regeln unter den EHS-Firmen verteilen müsste, ist seit Jahren fast gleich hoch wie die Menge an Zertifikaten, die das BAFU maximal abgeben darf.

Und genau das ist der Grund, weshalb auch der im Jahr 2022 neu eingeführte Marktstabilitätsmechanismus kaum wirkt. Durch diesen Mechanismus wird sich in Zukunft die Versteigerungsmasse halbieren, falls zu viele Emissionsrechte auf dem Markt verfügbar sind.

Same, Same but different

Auch die EU kennt einen Mechanismus, der die Versteigerungsmenge kürzen soll. Die europäische Marktstabilitätsreserve ist aber nicht eins zu eins identisch mit dem schweizerischen Marktstabilitätsmechanismus. Da das europäische und das Schweizer EHS seit 2020 miteinander verknüpft sind, erstaunt dies. Deshalb haben wir beim BAFU nachgefragt. Dieser Unterschied zwischen den zwei Systemen ist möglich, weil sie auf zwei eigenständigen Rechtsgrundlagen basieren, schreibt das BAFU. Das Abkommen, das die beiden EHS verknüpft, stelle lediglich sicher, dass „wesentliche Kriterien“ eingehalten werden, die etwa die Gleichstellung der Teilnehmer*innen und die Sicherheit der Systeme gewährleistet. Die Kriterien müssen jedoch nicht in beiden Systemen exakt gleich umgesetzt werden.

Klingt gut. Doch in der Praxis ist der Effekt bescheiden. 2022 gab das BAFU anstelle von 460'000 Zertifikaten 230'000 Emissionsrechte für den Verkauf frei – während 4.25 Millionen gratis zugeteilt wurden. Kurz: Wenn wegen der grosszügigen Zuteilung von Gratiszertifikaten nur noch ein sehr kleiner Teil zum Versteigern bleibt, dann hat die Halbierung der Versteigerungsmasse nur einen beschränkten Einfluss.

Wenn bei einem Bezahlsystem rund 95 Prozent der Ware kostenlos über den Tresen wandern muss, sollte man mal grundsätzlich über den Sinn dieses Bezahlsystems nachdenken.

Wann beendet die EU die kostenlose Verschmutzungsparty?

Zukünftig wird es vonseiten der EU deshalb weitere Anpassungen brauchen im EHS. Und die sind auch bereits geplant.

Einerseits will die EU den Cap, also die Gesamtmenge an jährlich zur Verfügung stehenden Zertifikaten, schneller gegen null wandern lassen, andererseits soll es zusätzliche einmalige Löschungen von Zertifikaten geben, um die zu grosszügige Verteilung der Vergangenheit etwas auszubügeln.

Solange es jedoch zum Schutz der inländischen Industrie weiterhin massenhaft Subventionen in Form von Gratiszertifikaten gibt, werden auch diese Anpassungen nicht zu den erforderlichen Preissignalen führen, die eine tiefgreifende Dekarbonisierung einleiten könnten. Deshalb sollen auch die Gratiszertifikate fallen.

Michael Bloss, klimapolitischer Sprecher der deutschen Grünen und Verhandlungsführer für die grüne Partei im EU-Parlament, schreibt auf seiner Webseite: „Die kostenlose Verschmutzungsparty hat ein Ende [...]. Bis 2030 werden die kostenlosen Emissionszertifikate fast halbiert und bis 2034 komplett gestrichen.“ Der Name des Partykillers: CO₂-Grenzausgleich.

Gamechanger CO₂-Grenzausgleich?

Der CO₂-Grenzausgleich soll die Gratiszertifikate ablösen. Denn in Sachen Klimaschutz ist die europäische und die Schweizer Klimagesetzgebung bis zu einem gewissen Grad in der Geiselhaft der globalisierten Grossindustrie. Würde man die Schraube bei der CO₂-Bepreisung anziehen und den Grosskonzernen weniger Zertifikate umsonst geben, müsste man befürchten, dass sich die emissionsintensive Produktion ins Ausland verlagert – Stichwort Carbon Leakage. Damit wäre dem Klimaschutz schlussendlich auch nicht gedient.

In Sachen Klimaschutz ist die europäische und die Schweizer Klimagesetzgebung bis zu einem gewissen Grad in der Geiselhaft der globalisierten Grossindustrie.

Der CO₂-Grenzausgleich soll die europäische Klimagesetzgebung nun aus diesem Dilemma befreien. Die Hoffnung: Die Abwanderung der Emissionen verhindern und gleichzeitig die Klimaverschmutzung adäquat bepreisen. Neu würde die EU für den Import von CO₂-intensiven Produkten eine Ausgleichszahlung erheben. Die Höhe dieser Ausgleichszahlung entspricht den Kosten, die über das EHS fällig geworden wären, wenn die Produktion innerhalb der EU stattgefunden hätte. Der CO₂-Grenzausgleich ist also eine Art Klimazoll.

Die SP wollte schon vor 30 Jahren einen Grenzausgleich

Auch wenn sie ziemlich revolutionär klingt – neu ist die Idee eines Grenzausgleichs nicht. Die sozialdemokratische Par-

tei der Schweiz lancierte bereits 1995 unter dem Namen Energie-Umwelt-Initiative eine Volksinitiative, die eine ähnlich konstruierte Abgabe auf Energie einführen wollte. Die SP zog die Initiative damals zugunsten eines direkten Gegenvorschlags zurück. Dieser scheiterte an der Urne.

Grundsätzlich würde ein solcher CO₂-Grenzausgleich denselben Effekt erzielen wie die Gratiszertifikate. Auch er würde zwischen der inner- und aussereuropäischen Industrie für gleich lange Spiesse sorgen – einfach unter anderem Vorzeichen. Während die Gratiszertifikate die Produktionskosten der heimischen Industrie reduzieren, würde ein CO₂-Grenzausgleich die importierten Produkte verteuern.

Die Folge: Die EU und auch die Schweiz könnten den Industriekonzernen endlich die von ihnen verursachten CO₂-Emissionen in Rechnung stellen, ohne befürchten zu müssen, dass die Treibhausgase zusammen mit der Wertschöpfung und den Arbeitsplätzen ins Ausland abwandern.

Die Expert*innen sind sich einig

Für den Wirtschaftswissenschaftler Michael Pahle ist der CO₂-Grenzausgleich alternativlos. Pahle arbeitet am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung zum Emissionshandelssystem. „Wenn ich Vorträge darüber mache, dann sage ich immer: Keiner will es, aber man kommt nicht dran vorbei. Denn die freien Zuteilungen müssen zwangsläufig weg, wenn der Cap immer enger wird.“ So Pahle in einem Zoom-Interview mit *das Lamm*.

Eine Frage bleibt jedoch bis heute ungeklärt: Wären diese Klimazölle überhaupt mit den Richtlinien der Welthandelsorganisation (WHO) konform? „Ob der CO₂-Grenzausgleich zu internationalen Handelskonflikten führen wird oder nicht, wird sich erst noch zeigen müssen“, so Pahle. Auf jeden Fall bestünde unter den Expert*innen Einigkeit darüber, dass die Einführung des CO₂-Grenzausgleichs eng von der internationalen Klimadiplomatie begleitet werden müsse. „Im besten Fall ist der CO₂-Grenzausgleich dann ein Türöffner, um verstärkt auf internationaler Ebene zusammenzuarbeiten – wenn auch ein eher brachialer“, meint Pahle dazu.

Sonja Peterson, Klimaökonomin und Expertin für umweltpolitische Instrumente am Kiel Institut für Weltwirtschaft, betont die praktischen Probleme in Bezug auf die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichs. „Wie geht man mit Zwischenprodukten um? Für welche Branchen soll der CO₂-Grenzausgleich eingeführt werden?“, fragt sie via Zoom. Trotz dieser Unsicherheiten sei es aber eine gute Idee, den CO₂-Grenzausgleich einem Praxistest zu unterwerfen und die Gratiszertifikate als Prävention gegen Carbon Leakage auslaufen zu lassen.

Das sieht auch die Energieökonomin Johanna Bocklet so. Der CO₂-Grenzausgleich sei die sinnvollere Variante, um für Konzerne innerhalb und ausserhalb von Europa gleiche Wettbewerbsbedingungen zu erreichen.

Der CO₂-Grenzausgleich und der Globale Süden

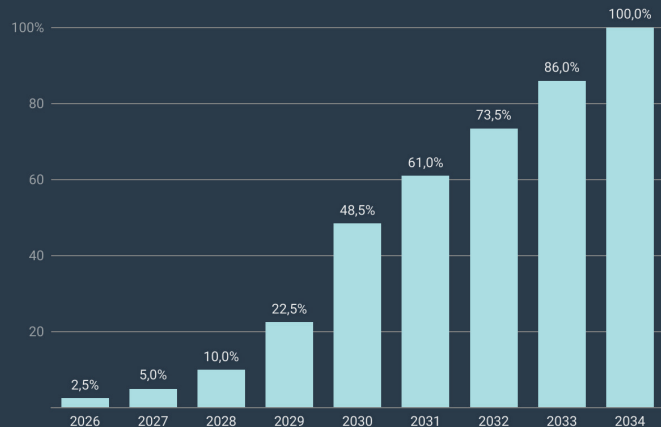
Mit dem CO₂-Grenzausgleich sollen neu auch Konzerne für ihre Klimaverschmutzung zur Kasse gebeten werden, die ausserhalb der EU produzieren. Und zwar immer dann, wenn sie ihre Produkte in die EU importieren. Um beispielsweise ein reiches und hoch industrialisiertes Land wie die USA auf diesem Weg zu mehr Klimaschutz zu bewegen, scheint das ein faires Instrument zu sein. Für andere Länder hat der CO₂-Grenzausgleich aber einen bitteren Beigeschmack. Denn auch kleinere und ärmere Länder wie zum Beispiel Mosambik, die unter dem Strich nichts zur heutigen Klimakrise beigetragen haben, müssten diese CO₂-Ausgleichszahlungen leisten, wenn sie emissionsintensive Produkte in die EU importieren.

„Denn mit dem CO₂-Grenzausgleich hätten wir neu auch eine Lenkungswirkung auf das europäische Ausland“, sagt Bocklet via Zoom. Die Länder ausserhalb der EU, die auf ihre Emissionen bereits einen CO₂-Preis erheben, könnten diesen bei Importen in die EU nämlich dem europäischen CO₂-Grenzausgleich anrechnen. Dementsprechend würde es sich für sie eher lohnen, die Klimagase bereits im Inland zu besteuern. „Zudem könnten die Staaten das Geld, das die Unternehmen dann neu für die Zertifikate bezahlen müssten, sinnvoll für die Dekarbonisierung einsetzen“, ergänzt Bocklet.

Das wird noch lange auf sich warten lassen

Klingt gut. Doch bis der CO₂-Grenzausgleich die Gratiszertifikate vollständig ablösen wird, werden noch viele CO₂-Tonnen die Atmosphäre verschmutzen. Denn: Während die Gratiszuteilungen ab 2026 langsam runtergefahren werden, wird der CO₂-Grenzausgleich langsam hochgezogen. Erst nach dieser Übergangsphase wird die Verschmutzungsparty zum Nulltarif für die emissionsintensivsten Konzerne womöglich tatsächlich zu einem Ende kommen.

Reduzierung der Gratiszertifikate, während der CO₂-Grenzausgleich eingeführt wird



Grafik: Onlinemagazin – Das Lamm · Quelle: Pressemitteilung des Europäischen Parlaments · Erstellt mit Datawrapper

Das kritisiert auch die NGO Carbon Market Watch. „Aus Angst vor dem Schreckgespenst der angeblichen zukünftigen

Deindustrialisierung Europas haben die politischen Entscheidungsträger ihren fehlgeleiteten Ansatz fortgesetzt, die Schwerindustrie vom Haken zu lassen“, schreibt die NGO. Auch mit dem reformierten EU-Emissionshandelssystem würden umweltverschmutzende Industrien weiterhin mit Zuschüssen überhäuft, während die Haushalte und Steuerzahler*innen die Rechnung bezahlen müssten, so Carbon Market Watch weiter. Unter der Oberfläche sei das EHS ein zutiefst ungerechtes und letztlich unwirksames System.

Der Energiesektor und das EHS

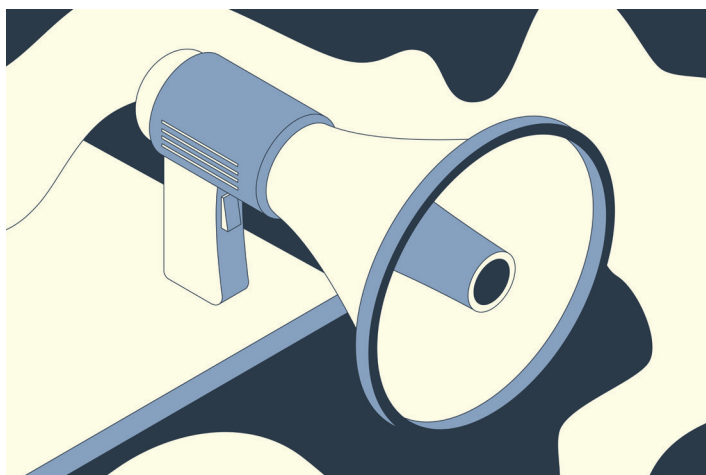
Das EHS wurde für zwei Sektoren entwickelt: für die Schwerindustrie und die Energiebranche. Abgesehen von den neuen Reservekraftwerken wird in der Schweiz jedoch praktisch kein Strom aus fossilen Energieträgern gewonnen. Deshalb ist in der Schweiz mehr oder weniger nur die Industrie im EHS vertreten. Anders ist das zum Beispiel in Deutschland, wo nach wie vor viel Strom mit Kohle produziert wird. Diese fossilen Energiekonzerne nehmen in Deutschland auch am EHS teil. Da der Energiebereich jedoch nicht von Carbon Leakage betroffen ist, wurden die extragrosszügigen Gratiszuteilungen an diese Branche schon vor Längerem abgeschafft. Dadurch erhielt das Emittieren von CO₂ in diesem Bereich tatsächlich einen Preis, der hoch genug war, um Reduktionsmassnahmen im Energiesektor anzustossen.

Das EHS konnte zwar die Emissionen im Energiesektor senken, aber nicht die Industrieemissionen. Einer der Hauptgründe für dieses Scheitern waren die Milliarden kostenloser Verschmutzungsrechte, die den emissionsintensiven Industrien im Rahmen des EHS zugeteilt wurden. Und das wird noch ein Weilchen so bleiben. Denn der CO₂-Grenzausgleich wird erst 2034 vollständig in Kraft treten.

Wie werden die in der EU geplanten Reformen die Schweiz betreffen? Dazu möchte das in der Schweiz zuständige Bundesamt für Umwelt (BAFU) zum aktuellen Zeitpunkt keine Aussagen machen. Man analysiere die Lage laufend und plane, dem Bundesrat Mitte 2023 einen passenden Bericht vorzulegen.

Eine andere Schweizer Behörde, die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK), analysierte die Lenkungswirkung des EHS bereits 2017. Sie kam zum Schluss, dass das Schweizer EHS von 2013 bis 2020 für die teilnehmenden Firmen praktisch keine direkten Anreize schaffte, um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren.

Die Prüfbeam*innen der EFK führten damals bei den EHS-Firmen auch eine Umfrage durch. Die Frage: Gehen Sie davon aus, dass Sie in Zukunft weniger Gratiszuteilungen erhalten werden? Die EFK fasste die erhaltenen Antworten so zusammen: „Betreffend der Zuteilung der kostenlosen Emissionsrechte für die Verpflichtungsperiode 2021–2030 erwarten die meisten Firmen Kontinuität.“ Sie werden wohl Recht behalten.



22.03.2023

Braucht es das Emissionshandelssystem? (7/7)

Wer heute Emissionen verursacht, der zahlt. Nur zahlen nicht alle gleich viel, wenn sie das Klima zerstören. Das ist nicht nur unfair, sondern bremst auch die bitter nötigen CO₂-Reduktionen aus. Gehört das System reformiert, ersetzt oder abgeschafft? Eine Einordnung.

In Kürze

- Die grössten Klimaverschmutzer*innen der Schweiz zahlen für ihre Emissionen so gut wie nichts.
- Das EHS hat nebst der fehlenden Wirksamkeit auch ein ganz grundlegendes Gerechtigkeitsdefizit.
- Um der Klimakrise Paroli zu bieten, braucht es ein Politinstrument, das in derselben internationalen Liga mitspielt wie die Konzerne.
- Damit jedes Land darauf vertrauen kann, dass die anderen Länder die Konzerne genauso zur Kasse bitten, braucht es einen internationalen Mindestpreis auf CO₂-Emissionen.

Drei Milliarden Franken für die grössten Verschmutzer*innen und kostenlose Emissionsrechte im Wert von 361 Millionen – was lief da schief? Die Antwort: nichts, denn das Emissionshandelssystem mit all seinen Vorteilen für die grössten Klimasünder*innen ist ganz normale Klimapolitik. Und das ist der eigentliche Skandal.

Bis anhin schützte das als Klimaschutzinstrument gedachte Emissionshandelssystem (EHS) nicht das Klima, sondern vor allem die Konzerne, die unter einem klimaverträglichen Wirtschaftssystem schlichtweg nicht mehr rentabel wirtschaften könnten. Da stellt sich die Frage: Ist es nicht gerade das EHS selbst, das den dringend notwendigen Wandel blockiert? Gehört das EHS gar abgeschafft?

Weder Marktversagen noch Ablasshandel

Nicht selten wird das EHS als Ablasshandel kritisiert. Es sei

unmoralisch, sich davon freikaufen zu wollen, wirklich etwas für eine klimastabile Zukunft zu tun. Doch diese Kritik greift zu kurz. Das EHS ist kein Ablasshandel. Denn bei einem Ablasshandel müsste man ja immerhin etwas dafür bezahlen, wenn man die Welt an die Wand fährt. Im EHS wandern jedoch rund 95 Prozent der Emissionsrechte gratis über den Tresen.

Und auch die von links gern bediente Marktkeule greift zu kurz, um das EHS zu kritisieren: Probleme, die ihren Ursprung im Kapitalismus selbst haben, mit einem marktwirtschaftlichen Instrument lösen zu wollen, könne ja nicht funktionieren. Denn diese Analyse übersieht etwas Entscheidendes: Seit über zehn Jahren versucht man im EHS vergeblich einen Preis für das Zerstören des Planeten einzuführen – doch wo kein Preis ist, da ist auch kein Markt. Das Nichtfunktionieren des EHS ist kein Marktversagen. Denn damit ein Markt versagen kann, muss es ihn zuerst einmal geben.

Offensichtlich gilt nicht für alle dieselbe Logik, wenn es darum geht, mittels Portemonnaie für mehr Klimaschutz zu motivieren. Für uns Bürger*innen, die die normale CO₂-Abgabe zahlen, ist das Konzept so klar wie einfach: Wir zahlen mehr, wenn wir mehr Emissionen verursachen. Aber bei den Schweizer Industriekonzernen, die mehr Gratiszertifikate erhalten, als sie selber brauchen, ist es andersrum: Sie machen lediglich weniger Gewinn, wenn sie mehr emittieren und mehr Gewinn, wenn sie weniger emittieren.

Würde man das Konzept, dass sich die Politik für diese EHS-Konzerne überlegt hat, auf uns „gewöhnliche“ Bürger*innen übertragen, dann würden auch wir Geld kriegen.

Würde man das Konzept, dass sich die Politik für diese EHS-Konzerne überlegt hat, auf uns „gewöhnliche“ Bürger*innen übertragen, dann würden auch wir Geld kriegen, wenn wir Emissionen vermeiden, etwa indem wir Fahrrad fahren, uns vegan ernähren oder aufs Fliegen verzichten. Täten wir das Gegenteil davon, würde der Bonus zwar ausbleiben, aber zur Kasse gebeten würden wir nicht. Aus diesem Beispiel wird klar: Das EHS hat nebst der fehlenden Wirksamkeit auch ein ganz grundlegendes Gerechtigkeitsdefizit. Doch was tun?

Spezialdeal Emissionshandelssystem: Die Regeln

→ auf Seite 6

Dass das wenig mit Verursacherprinzip oder Gerechtigkeit zu tun hat, liegt auf der Hand. Zudem braucht die Industrie stattdessen dringend klare finanzielle Signale, um von der fossilen Energieversorgung wegzukommen. Deshalb plant die EU Reformen.

Da die wirklich einschneidenden Anpassungen aber noch länger auf sich warten lassen, erstaunt es kaum, dass der Start der neuen Handelsperiode etwa gleich aussieht wie das

Ende der vergangenen: Der Staat verteilt den klimaschädlichsten Konzernen weiterhin Zertifikate zum Nulltarif – und das in grossen Mengen.

Das EHS und die Schweiz: kein Match

Die Regeln für das EHS werden grundsätzlich nicht in Bern, sondern in Brüssel gemacht. Das nimmt die Schweiz aber nur zu einem gewissen Teil aus der Verantwortung, denn die Schweizer Variante des EHS ist erst seit Januar 2020 mit dem europäischen EHS verknüpft. Die vergangene Handelsperiode (2013 – 2020) lag also grösstenteils noch in der Verantwortung von Bundesbern. Und rein theoretisch wäre es durchaus denkbar, das EHS zumindest teilweise mit der Schweizer Gesetzgebung zu harmonisieren. Zum Beispiel indem der Bund den EHS-Firmen nicht die volle CO₂-Abgabe, sondern nur einen Teil davon erlassen würde.

Zudem gibt es eine weitere Ungerechtigkeit, welche die Schweiz selber aus dem Weg räumen müsste: die Rückverteilung der CO₂-Abgabe an die EHS-Firmen. Denn diese zusätzliche Bevorteilung der EHS-Firmen ist eine helvetische Eigenart und hat nichts mit den europäischen Regeln des EHS zu tun.

Das EHS schiebt die schwierigsten Aufgaben auf die lange Bank

Die Logik des EHS kann jedoch noch viel grundsätzlicher kritisiert werden. Die Dekarbonisierungskosten sind nämlich nicht bei allen Branchen gleich hoch. Liberale Politiker*innen und CEOs betonen als vermeintliche Stärke des EHS gerne, dass das System immer zuerst dort Klimagasemissionen reduziert, wo es am günstigsten ist. Nur: Wenn man immer zuerst dort reduziert, wo es am wenigsten kostet, bleiben am Schluss riesige Bereiche übrig, die man in der verbleibenden Zeit gar nicht mehr schaffen kann. Denn je schwieriger eine Dekarbonisierung, desto teurer ist sie.

Dazu ein Beispiel: Bei einem EHS-Preis von 50 Franken lohnt es sich zum Beispiel noch nicht, von der Kohleverstromung auf Windenergie umzurüsten. Bei 80 Franken wird die Windenergie jedoch langsam konkurrenzfähig. Anders bei der Zementproduktion: Dort ist die Dekarbonisierung schwieriger und teurer als bei der Stromproduktion. Logischerweise bewegen sich die Zementfirmen auch bei einem Zertifikatspreis von 80 Franken noch nicht.

Schuld daran ist nicht zuletzt die dem EHS innewohnende Logik, dass man zuerst dort ansetzt, wo es am einfachsten und am billigsten ist.

Die Konsequenz davon: Wie man in Zukunft eine Betonbrücke bauen soll, ohne dabei CO₂ zu emittieren, das weiss bis heute schlichtweg niemand. Die verbleibenden 27 Jahre, um hier mit den Klimagasemissionen auf null zu kommen, werden für die notwendige Forschung und Umstellung kaum noch ausreichen. Schuld daran ist nicht zuletzt die dem EHS

innewohnende Logik, dass man zuerst dort ansetzt, wo es am einfachsten und am billigsten ist.

Als Privatperson beim EHS mitmischen

Grundsätzlich ist das EHS den grossen Playern vorbehalten. Zwar können sich auch Privatpersonen beim EHS anmelden, das ist aber kompliziert und nicht ganz billig. Dabei wäre es ziemlich wirkungsstark, den fossilen Grosskonzernen die zur Verfügung stehenden Emissionsrechte einfach wegzuschnappen. Denn anders als bei den weitverbreiteten CO₂-Kompensationszertifikaten kann der Kauf eines EHS-Zertifikates mit Sicherheit verhindern, dass eine Tonne CO₂ ausgestossen wird – vorausgesetzt man verkauft das Emissionsrecht nicht weiter. Die NGO compensators hat dieses Potenzial erkannt. „Gemeinsam kaufen wir der europäischen Industrie CO₂ weg“, schreibt sie auf ihrer Webseite. Das Konzept ist bestechend einfach: Alles, was man compensators überweist, investiert die NGO in EHS-Zertifikate und legt diese still.

Zudem stellt sich eine weitere grundsätzliche Frage: Wird der Wandel tatsächlich bei den EHS-Konzernen stattfinden? Würde man nicht besser den Holzbau unterstützen als die Zementbranche? Sind Gratiszertifikate für die Milchindustrie wirklich sinnvoll, wenn sich daneben die Hafermilchbranche entwickelt? Weshalb die Herstellung von Neustahl aus Erz subventionieren, wenn man zur Kreislaufwirtschaft forschen könnte?

Mit dem Rücken zur Wand

So oder so: Die Zeit drängt. Und offensichtlich haben es die Zementwerke und Raffinerien bis heute nicht geschafft, Teil der Lösung zu werden. Stattdessen sind sie weiterhin Teil des Problems und beanspruchen mit ihrer fehlenden Kooperation und ihrem Sondersetting nicht nur politische, sondern auch ganz einfach finanzielle Ressourcen. Auch wenn sich die einen oder anderen Grosskonzerne vielleicht tatsächlich Mühe geben: Holcim, Varo, Lonza und Co. werden uns nicht aus der Klimakrise ziehen. Man möchte also sagen: Hören wir auf, auf sie zu setzen und legen wir die Samthandschuhe beiseite!

Nur: Im Zeitalter der globalisierten Riesenkonzerne haben wir uns abhängig gemacht. Abhängig von den Produkten, Rohstoffen, Arbeitsplätzen und Steuern der internationalen Wirtschaft. Wir sind so abhängig, dass unsere Mitsprache-rechte marginal sind. Die nationale Politik steht in Sachen Klimaschutz mit dem Rücken zur Wand.

Um der internationalen Klimakrise Paroli zu bieten, braucht es ein Politinstrument, das in derselben internationalen Liga mitspielt wie diese Konzerne. Das EHS ist das einzige bereits vorhandene Instrument, das diesem Anspruch zumindest ansatzweise gerecht wird. Deshalb werden wir das EHS wohl oder übel nicht abschaffen können. Aber: Es muss unbedingt strenger und transparenter werden.

Anstatt eine Subventionierungsmaschine für auf Profit ge-

trimmte Grosskonzerne aus einer vergangenen Zeit zu sein, könnte das EHS dann als Planungsinstrument dienen, um eben diesen Konzernen den fossilen Energiehahn ein für alle Mal zuzudrehen – in Europa, aber auch im Rest der Welt. Damit das funktioniert und jedes Land darauf vertrauen kann, dass die anderen Länder die Konzerne genauso zur Kasse bitten, braucht es aber zuerst etwas anderes: einen internationalen Mindestpreis auf CO₂-Emissionen.